

## Rundbriefe.

### Rundbrief III/99

#### Inhaltsverzeichnis

Editorial, Jürgen Maier

#### Schwerpunktthema: Klima

- Die UN-Klimaverhandlungen, Oliver Rapf
- Europa und der Emissionshandel, Stephan Singer
- Ehrgeiziges deutsches Klimaschutzziel bis 2005 noch erreichbar! Manfred Treber
- Klimaschutzpolitische Nachhilfe für die Bundesregierung, Harald Schöffler
- Rund um den Klimagipfel in Bonn, Gerald Knauf
- Brennpunkt Atomausstieg - Zwei Positionen zum Ausstieg und zum Einstieg in die Energiewende

#### Aktuell: WTO

- Perspektiven der neuen Welthandelsrunde, Martina Schaub
- Die Position deutscher NRO zu WTO-Themen und der Jahrtausendrunde, Martina Schaub
- Ungleichgewichte im Agrarbereich, Marita Wiggerthale

#### Aus den Arbeitsgruppen:

- AG Desertifikation: Stadt, Land - kein Tier - kein Fluss, Jürgen Gliese
- AG Desertifikation: Vollversammlung des RIOD-Netzwerkes, Jürgen Gliese
- AG Frauen: Ansprüche an eine geschlechtergerechte Nachhaltigkeitsstrategie, Renate Jungkeit und Meike Spitzner
- ad-hoc Arbeitskreis Tourismus: Tourismus und Biodiversität, Martina Backes

## Berichte:

- Ein halbes Jahr deutsche EU-Präsidentschaft, Klaus Wardenbach
- Globalisierung mit menschlichem Antlitz, Irene Knoke
- Der Transatlantische Umweltdialog (TAED), Anja Köhne
- The winner is: München, Trudi Schulze

## Editorial

Ausnahmezustand, Ausgangssperre, Tränengas, brennende Müllcontainer - die Bilder aus Seattle gingen um die Welt. Auch wenn sich gerade in den USA der Unmut über die WTO und andere Freihandelsabkommen wie die NAFTA schon seit längerem aufgestaut hatte, mit einer solchen Wucht an Protesten hatte niemand gerechnet, nicht einmal die Protestierenden selbst. Die WTO-Ministerkonferenz konnte nur mit erheblicher Verspätung beginnen. Am Ende musste sie ohne Ergebnis beendet werden. Die anvisierte Millenniumsrunde war vorerst gescheitert. Gescheitert ist sie allerdings vorwiegend an den unvereinbaren Interessengegensätzen innerhalb der WTO-Mitgliedsstaaten, die von den Protesten nur noch zugespitzt wurden. Die politische Landschaft hat sich in den wenigen Jahren seit Gründung der WTO radikal geändert. Der Abschluss der Uruguay-Runde und die Abkommen zur Gründung der WTO 1994 wurde von der Öffentlichkeit noch mehr oder weniger ignoriert und im Bundestag durchgewunken, ohne dass mehr als eine Handvoll Abgeordnete ansatzweise verstand, was sie da ratifizierte. Die erste Ministerkonferenz vor 3 Jahren in Singapur fand noch im Elfenbeinturm unter weitestgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Allmählich beginnt die Öffentlichkeit zu begreifen, auf was sich die Regierungen mit der WTO eingelassen haben, welch weitreichender Demokratieabbau hier beschlossen wurde. Wie kann es sein, dass der demokratische Wille von 15 EU-Nationen, keine Wachstumshormone für Rindfleisch zuzulassen, von drei nicht gewählten WTO-Schiedsrichtern in einem nichtöffentlichen Verfahren annulliert wird? Bisher sind in allen Verfahren vor den WTO-Schiedsgerichten Umwelt- und Verbraucherinteressen, beschlossen von demokratisch gewählten Parlamenten, von den WTO-Funktionären als "Handelshemmnisse" bezeichnet und annulliert worden. Mit nachhaltiger Entwicklung hat dies nichts zu tun. Die WTO in ihrer jetzigen Verfassung ist zu einseitig einem "Freihandel über alles" verpflichtet, dass sie in dieser Form keinen Bestand haben kann. Der Reformbedarf ist unübersehbar: Wenn die WTO intellektuelle Eigentumsrechte schützen kann, dann kann sie auch die Schutzrechte der Umwelt und der Verbraucher schützen. Wenn die WTO Patente schützen kann, kann sie auch die Ernährungssicherheit schützen. Auch Patente sind schließlich monopolistische Handelshemmnisse, im Interesse von Innovationsanreizen. Wenn die WTO Hollywoodfilme schützen kann, kann sie auch

Mindestrechte von Arbeitern schützen.

Das Unbehagen mit der Schiefelage der WTO-Verträge beginnt auch auf die Regierungen überzugreifen. Wenn US-Präsident Clinton die Strassenschlachten von Seattle als *"rather interesting hoopla"* bezeichnet und hinzufügt *"I disagree with a lot of what they say, but I'm glad they're here, because they count in this debate"*, dann spricht das Bände.

Doch die Widersprüche und Interessensgegensätze der WTO ziehen sich bis tief in das Lager der Kritiker und Gegner der WTO. In Seattle demonstrierten US-Gewerkschaften für Mindest-Sozialstandards - ein Ziel, für das auch die USA und die EU, vor allem die Bundesregierung eintraten, gegen den erklärten Widerstand der Entwicklungsländer. Während etwa die deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen verbesserten Marktzugang für Entwicklungsländer fordern, gibt es andere WTO-Kritiker und Globalisierungsgegner, die zwar nichts gegen eigene Exportüberschüsse haben, aber genau diesen verbesserten Marktzugang für Entwicklungsländer heftig bekämpfen.

Ein zentrales Hindernis für die Millenniumsrunde sind auch die Agrarsubventionen der EU und Japans. Die Forderung nach ihrem Abbau oder ihrer Abschaffung eint die USA und die Entwicklungsländer. Auch nach unserer Meinung müssen viele davon gestrichen werden, insbesondere die Exportsubventionen. Viele der agrarischen WTO-Gegner in Europa gehen aber auf die Straße, um genau das zu verhindern. Seattle war wohl auch das definitive Ende der Geheimdiplomatie der Industrieländer, die es bisher noch immer verstanden hatten, in informellen Runden vollendete Tatsachen auszuhandeln, die die große Mehrheit der Entwicklungsländer nur noch schlucken konnte. Doch gleichzeitig wird die von den NRO geforderte Öffnung der WTO für die Zivilgesellschaft insbesondere von wichtigen Entwicklungsländern am heftigsten bekämpft.

Widersprüche gibt es also genug. Wie weiter? Es wäre weltfremd zu glauben, die WTO in Genf könne nun ihre aus der Uruguay-Runde verbliebene Tagesordnung über Landwirtschaft und Dienstleistungen abarbeiten und einen neuen Anlauf für eine "große Runde" nach den US-Präsidentschaftswahlen machen. In Seattle wurde unmissverständlich deutlich, dass in einem demokratischen Prozess nun alle Interessen, die bisher dem Freihandel untergeordnet wurden, angemessen berücksichtigt werden müssen. Der Welthandel braucht multilaterale Regeln, wenn sich nicht das Recht des Stärkeren durchsetzen soll. In diesem Sinne braucht er eine Welthandelsorganisation. Aber deren Regeln müssen auch die Umwelt, die Ernährungssicherheit, den Verbraucherschutz, soziale Mindeststandards und andere Werte vor den zerstörerischen Folgen nicht-nachhaltigen Wirtschaftens schützen und den Auftrag der Agenda 21 einlösen, nämlich das Umsteuern zu einer nachhaltigen Form von Entwicklung, die nicht ihre eigenen Grundlagen zerstört.

Das heißt im Klartext: Nicht das Verbot von Hormonen im Rindfleisch, sondern die

Hormone selbst sind das Handelshemmnis für dieses Fleisch. Die Politik ist nun aufgerufen, die Konstruktionsfehler der WTO-Verträge gründlich zu analysieren und zu beheben. Das ist die Lektion von Seattle. Wird sie ignoriert, war Seattle wohl nur der Anfang vom Ende der WTO.

*Jürgen Maier*

# Die UN-Klimaverhandlungen

## **Eine Geschichte in Fortsetzungen**

### **Von einer Aufbruchstimmung zur Diskussion über Detailfragen**

*Vor etwas weniger als zwei Jahren, im Dezember 1997, war die alte japanische Kaiserstadt Kyoto Schauplatz für einen Verhandlungsmarathon über ein weltweites Klimaschutzabkommen, das als Kyoto-Protokoll inzwischen eine gewisse Berühmtheit erlangt hat.*

Begonnen hatte der Prozess 1992 beim Erdgipfel in Rio, als sich die Staaten der Welt auf eine Konvention zum Schutze des Klimas, die sogenannte Klimarahmenkonvention, verständigten. Ging man damals davon aus, dass mit einer freiwilligen Vereinbarung im Rahmen einer Konvention tatsächlich die globalen Treibhausgasemissionen verringert werden könnten, zeigte der reale Anstieg der Emissionen recht schnell, dass mit Freiwilligkeit allein nicht viel zu erreichen war. Konsequenterweise gab sich die Staatengemeinschaft selbst auf dem ersten Klimagipfel 1995 in Berlin das Mandat, innerhalb von zwei Jahren ein Protokoll auszuarbeiten, das völkerrechtlich verbindlich die Reduzierung der Emissionen verordnen sollte.

Mit der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls zwei Jahre später war das Mandat erfüllt und ein wichtiges Ziel erreicht. Doch es stellte sich sehr schnell heraus, dass die Arbeit nun erst beginnen sollte. Der in Kyoto buchstäblich in letzter Minute erzielte Kompromiss führte zu einem Protokoll, das viele Fragen offen und somit viel Raum für Interpretationen lässt. Die offenen Fragen sind das Haupthindernis für die Ratifizierung und das Inkrafttreten des Protokolls, denn kein Staat will "die Katze im Sack kaufen", d.h. ein Protokoll ratifizieren, dessen Texte von jedem Land verschieden interpretiert werden.

### **Viele offene Fragen**

Während sich die Welt in immer stärkerem Maße mit den Anzeichen des Klimawandels konfrontiert sieht, gehen die Verhandlungen über die offenen Fragen weiter. Die nächste Verhandlungsrunde, die 5. Vertragsstaatenkonferenz (COP 5) wird vom 25. Oktober bis zum 5. November in Bonn stattfinden. Von der Aufbruchstimmung, die noch den ersten Klimagipfel in Berlin prägte, ist nicht mehr viel zu spüren und so werden die Erwartungen an die Verhandlungen von allen Seiten eher tief gehängt. Seit Kyoto haben sich die Sitzungen zunehmend in

technische Details verstrickt, die von zeitweiligen Beobachtern des Prozesses nicht mehr nachvollzogen werden können. Der Prozess scheint nur schleichend voran zu kommen, und so konnte die vergangene Vertragsstaatenkonferenz 1998 in Buenos Aires lediglich einen Aktionsplan verabschieden, der die offenen Fragen des Kyoto-Protokolls vor allem bezüglich der flexiblen Mechanismen (Emissionshandel, Joint Implementation und Clean Development Mechanism) auflistete.

Weitere offene Fragen sind die Einführung eines Sanktionssystems im Falle einer Nichteinhaltung der Verpflichtungen oder auch die Frage, welche Daten die Nationalberichte der Länder zukünftig beinhalten sollen. Den Staaten wurde die Klärung dieser Fragen bis zur COP 6 aufgetragen, die Ende 2000 oder Anfang 2001 in Holland stattfinden wird. Vorher werden keine Entscheidungen getroffen werden und so sieht sich die 5. COP in der Zwickmühle zwischen turnusmäßigem Treffen mit unkonkretem Ausgang auf der einen Seite und der Chance einer richtungsweisenden Veranstaltung auf der anderen Seite.

#### **Von flexiblen Mechanismen zum praktizierten Klimaschutz?**

Das Geschehen wird mittlerweile von der Diskussion über die Spielregeln der flexiblen Mechanismen beherrscht. Die Ausgestaltung dieser technischen Details wird bestimmen, ob das Kyoto-Protokoll tatsächlich zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Industrieländern führen wird, oder ob die volle Ausnutzung der flexiblen Mechanismen (full flexibility) nur auf dem Papier zu einer Emissionsreduzierung führen wird. Anders ausgedrückt: Das nächste Jahr bis zur 6. Vertragsstaatenkonferenz wird entscheiden, ob die Schlupflöcher des Protokolls geschlossen werden können (mehr zu den flexiblen Kyoto-Mechanismen findet sich im folgende Beitrag dieses Rundbriefes).

Insofern können die anstehenden Verhandlungen richtungsweisend sein. So wichtig und richtig die Spielregeln für die flexiblen Mechanismen sind, so intensiv müssen aber auch die Gespräche darüber geführt werden, wie denn Klimaschutzmaßnahmen vor der eigenen Haustür aussehen können. Die Aufgabe der Umweltminister, die in der zweiten Woche an den Verhandlungen teilnehmen werden, wird es sein, den Fokus von den flexiblen Mechanismen weg auf praktizierten Klimaschutz zu lenken und den Verhandlungen eine politische Richtung zu geben, die sich an der Notwendigkeit einer realen Verringerung der klimagefährdenden Treibhausgase orientiert. Dies wäre ein Fortschritt, der schon längst überfällig ist. Und es wäre ein Signal an die Öffentlichkeit, dass es den Klimadiplomaten tatsächlich ernst ist mit der Verringerung der Emissionen, und dass sie nicht nur danach trachten, die flexiblen Mechanismen so weit wie möglich auszunutzen, um den dringend benötigten Strukturwandel in unserer fossilen, energieverwendenden globalen Gesellschaft weiter aufzuschieben.

#### **Die Argumente gehen an den ökologischen Notwendigkeiten vorbei**

Ein weiterer Fortschritt wäre es, wenn die Verhandlungsziele sich wieder stärker an

den wissenschaftlichen Erkenntnissen des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) orientieren würden. Der nächste Synthese-Bericht des Wissenschaftlergremiums wird im Jahr 2001 veröffentlicht werden (Third Assessment Report). Schon in Buenos Aires sollte die Frage auf der Tagesordnung stehen, ob die derzeitigen Verpflichtungen überhaupt ausreichen, um einen drastischen Klimawandel aufzuhalten. Eine Auseinandersetzung darüber fand aber nicht statt, und auch die Vorbereitungskonferenz im vergangenen Juni (SBSTA/SBI 10 ) thematisierte diese Frage nicht.

Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich die Verhandlungen in eine Richtung bewegen, die an den ökologischen Notwendigkeiten, die uns von den natürlichen Grenzen des Klimasystems vorgegeben werden, vorbeigeht. Die Argumente, mit denen für die volle Ausnutzung der flexiblen Mechanismen argumentiert wird, sind vor allem ökonomischer Natur. Auch wenn diese Argumente ihre Berechtigung haben, muss die Frage gestellt werden, ob sie angemessen sind, die weitere Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls maßgeblich zu beeinflussen. Denn das Kyoto-Protokoll stellt fest, dass die flexiblen Mechanismen nur zusätzliche Instrumente zu den jeweils nationalen Klimaschutzmaßnahmen sein sollen. Werden die Mechanismen aber nicht begrenzt, wie es vom WWF und anderen Umweltverbänden gefordert wird, wird das Kyoto-Protokoll lediglich ein Business as usual unter dem Deckmantel der flexiblen Mechanismen legitimieren, ohne dass in der Realität eine einzige Tonne CO<sub>2</sub> weniger emittiert wird.

#### **Was ist von der 5. Vertragsstaatenkonferenz zu erwarten?**

Was also ist von der 5. Vertragsstaatenkonferenz zu erwarten? Zentrales Thema werden die Mechanismen sein, wobei die Parteien allerdings eher versuchen werden, die Punkte zu behandeln, in denen eine Einigung in Sicht ist. Strittige Punkte, wie die Deckelung der flexiblen Mechanismen, die von der EU während SBSTA/ SBI 10 im Juni vorgeschlagen wurde, werden vermutlich nicht diskutiert, sondern bis zur COP 6 verschoben werden. Fraglich wird sein, inwieweit sich die G77 und China, die einen Verhandlungsblock bilden, auf gemeinsame Positionen einigen können. Divergierende Positionen innerhalb der G77 führten schon im Juni zur Vertagung von Themen.

Wenn sich die Parteien während der Konferenz auf einen Verhandlungstext für die nächste Runde einigen könnten, dann wäre das aus jetziger Sicht ein Fortschritt der Verhandlungen. Ob dies auch ein Fortschritt für den Klimaschutz wäre, lässt sich erst anhand der dann vorliegenden Texte beurteilen.

Unabhängig davon können aber die Umweltminister einen großen Schritt gehen, indem sie sich über die Notwendigkeit nationaler Klimaschutzmaßnahmen verständigen. Sie sollten vereinbaren, wie "vorzeigbare Fortschritte" im Klimaschutz, die das Kyoto-Protokoll bis 2005 fordert, erreicht werden können. Die Teilnahme der Minister in der zweiten Verhandlungswoche bietet genügend Raum, einen



"Wettbewerb der nationalen Klimaschutzmaßnahmen" zu initiieren, bei dem sich die Staaten in der Reduzierung ihrer Emissionen zu übertreffen versuchen. Damit würden sie einen Kontrapunkt zur tendentiellen Vergrößerung der Schlupflöcher setzen. Dies wäre auch ein Signal an die Länder des Südens, dass ihre "Vorbilder" im Norden tatsächlich bereit sind, sich aus der industriellen Steinzeit zu verabschieden und sich zu einer Gesellschaft zu entwickeln, die ihren Wohlstand und ihr Wachstum nicht an der zunehmenden Verbrennung von fossilen Brennstoffen festmacht, sondern stattdessen auf Entwicklungspfade setzt, in denen ein möglichst niedriger Ressourcenverbrauch mit geringen Umweltfolgen die Leitlinie des Wirtschaftens wird.

Letztendlich wird der politische Wille, den die Minister aufbringen, entscheidend für das Ergebnis der Konferenz sein. Ihre Aufgabe ist es, den Verhandlungsprozess wieder auf die richtige Schiene zu setzen. Die vorzuziehende Richtung heißt dabei "Weniger Treibhausgase im eigenen Land" und ist der einzige Weg, das Ziel des Kyoto-Protokolls und der Klimarahmenkonvention zu erfüllen.

*Oliver Rapf*

Der Autor ist Mitarbeiter der Umweltstiftung WWF Deutschland und Koordinator der AG Klima

## Europa und der Emissionshandel

### **Oder: wie schlecht darf die heimische Klimapolitik sein?**

*Als die 15 Mitgliedstaaten der EU sich für den Klimagipfel in Kioto vor zwei Jahren rüsteten, galt ihnen die Sympathie der meisten Umweltorganisationen. Immerhin, mit dem Vorschlag, die Emissionen der drei wichtigsten Treibhausgase, Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid um mindestens 15% gegenüber 1990 bis zum Jahre 2010 zu verringern, stand die EU verbal an der Spitze der anderen Industriestaaten.* Die Japaner schlugen wie die Kanadier eine Verringerung um nur 5% vor, während die USA lediglich eine Stabilisierung des Klimagasausstosses forderten. Die EU hatte zudem recht deutlich dargelegt, mit welchen Politiken und Maßnahmen zum Klimaschutz die 15% Reduktion zu realisieren seien. Im Gegensatz zu den USA und den anderen OECD-Staaten bezifferte die EU ihre vorgeschlagenen Maßnahmen. Mit starkem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraftwärmekopplung, Umstieg von Kohle auf Erdgas und dem Einsatz sparsamer Techniken im industriellen Produktions-, Transport- und Gerätesektor sollten 800 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich eingespart werden. Das entspricht etwa 25% der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990 und sollte reichen, um nicht nur den Anstieg der Emissionen bis 2010 in der EU zu kompensieren, sondern auch die weitere Verringerung um 15% bis 2010 zu erreichen.

Diese Maßnahmen sollten alle zu Hause realisiert werden und galten - laut EU - sogar als kostengünstig. Mit anderen Worten, diese Politik wurde für Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt als gleichermaßen gut angesehen. Die "flexiblen Kiotomechanismen", Emissionshandel, Joint Implementation und der Clean Development Mechanism waren demzufolge genauso wenig Bestandteil einer vorgeschlagenen Klimaschutzstrategie der EU wie die Einbeziehung der Senken. Wälder sollten zwar als CO<sub>2</sub>-Speicher besonderen Schutzstatus haben, aber es war nicht vorgesehen, dass das Pflanzen von Bäumen gegen die weitaus bedeutenderen Emissionen von der Quelle, aus Schornsteinen und Auspuffen, aufgerechnet werden könne.

Die "Kiotomechanismen" sind mittlerweile legitime wenn auch noch undefinierte Bestandteile des Kioto-Protokolls und bestimmte Forstaktivitäten der Industrieländer können CO<sub>2</sub>-Kredite erhalten, auch wenn die Rahmenbedingungen noch nicht geklärt sind. Die detaillierten Regeln sollen nun bei der übernächsten

Vertragsstaatenkonferenz im Herbst 2000 in Holland verabschiedet werden.

### **Ein Papiertiger in Kioto**

Es ist bekannt, dass sich die EU in Kioto nicht durchsetzen konnte. Der WWF ist mittlerweile davon überzeugt, dass die Union es auch nicht wollte. Nach Japan gereist wie ein Tiger - heute wissen wir es war einer aus Papier, umgefallen wie ein Kartenhaus im Wind und schließlich gelandet wie ein hüftlahmes Kanickel ohne Puste und Konzept. Es reichte gerade, um sich ein Restansehen zu bewahren. Die EU hatte als einziger Teilnehmer der Industriestaaten darauf beharrt, dass es eine Begrenzung der flexiblen Maßnahmen geben sollte. Wie das aussehen sollte, wurde zunächst nicht konkretisiert.

Im großen und ganzen haben sich jene Staaten in Kioto durchgesetzt, die ein Höchstmaß an Flexibilität beim Klimaschutz - sprich Strukturkonservatismus - und ein Minimum an international koordinierter Politik für innovative und technologieorientierte Maßnahmen wünschten. Selbstverständlich ist das Kioto-Protokoll ein Fortschritt gegenüber keinem Protokoll da es als Rahmenwerk von Klimaschutzpolitik der ersten Generation gelten muss. Das Protokoll wird sich im Laufe der Jahre natürlich in dem Maße verbessern, wie neue Erkenntnisse in Wirtschaft, Technologie und Politik dieses erlauben. Auf der anderen Seite sind aber akzeptierte Konstruktionsfehler im Motor der Maschine wenig hilfreich, um die umweltpolitische Effektivität des Protokolls - und nur darum geht es - auch langfristig zu gewährleisten. Einige dieser elementaren Fehler könnten in der Modalität bestehen, wieviel Flexibilität den Industrieländern bei Erfüllung ihrer ersten - mageren - Pflichten zugestanden wird.

Es ist aus den Untersuchungen des IPCC hinlänglich bekannt dass die meisten Staaten nicht nur 10-30% ihrer Emissionen kostengünstig in den nächsten Jahren verringern können, sondern es bleibt auch zu berücksichtigen, dass weltweit etwa 80% der Treibhausgasemissionen bis etwa 2050 zu verringern sind, um zukünftig irreversible Schäden z.B. an Ökosystemen und der Nahrungs- und Trinkwasserversorgung in den Entwicklungsländern zu vermeiden.

### **"Flexibilität" und Schlupflochdynamik**

Aus der Sicht des WWF ist weniger die numerisch niedrige Verpflichtung der Industrieländer im Kioto-Protokoll problematisch (minus 5% Emissionen bis 2008/2012, minus 8% für die EU), als vielmehr die völlig ungeklärte Schlupflochdynamik der "Kiotomechanismen" und Einbeziehung der Senken. Gerade die Unklarheit, was denn nun an Senkenaktivität auch im landwirtschaftlichen und bodenpflegerischen Bereich angerechnet werden kann, führt dazu, dass die Länder sich nicht auf das naheliegendste, die Verringerung der Treibhausgasemissionen im wichtigsten Sektor, der fossilen Brennstoffe, konzentrieren, sondern auf das vermeintlich billigste.

So können durch genehmigte Anrechnung entsprechender landwirtschaftlicher

Managementmethoden alleine die durch lange Übernutzung ausgelaugter Böden der Erde jährlich etwa 14% der Emissionen der Industriestaaten wieder sinnvoll in fruchtbare organische Substanz binden. Eine verflixte Angelegenheit, denn eine organische, den Stoffhaushalt stabil haltende Landwirtschaft ist sehr sinnvoll. Ähnlich sieht es mit dem Schutz der Wälder aus. Nur, darf das auf Kosten der Emissionen an die Atmosphäre geschehen? Wir meinen, nein.

### **Der Handel mit Emissionen**

Beim Emissionshandel ist die Situation weniger komplex. Hier könnten sich Länder je nach Ausgestaltung des Regulariums und der gestatteten Flexibilität z.B. die 500 bis 800 Millionen Tonnen heiße Luft [1] aus Russland und der Ukraine billig im Emissionshandel erwerben. Auf dem Papier waren diese Länder Klimaschützer - in der Realität verschmutzen sie die Atmosphäre weiter. Auch aus diesem Grunde sind viele Umweltorganisationen vehement gegen den Emissionshandel wie er zumindest von den USA unter Einschluss der Heißen Luft geplant ist - weil er das Verursacherprinzip aushobelt, die technologische Entwicklung unterdrückt und nicht zuletzt den Entwicklungsländern ein falsches Signal gibt. Sollten einige der großen Entwicklungsländer irgendwann in der Zukunft Klimaschutzziele erhalten - und an dieser Notwendigkeit zweifelt eigentlich niemand - wie kann dann die "Tropische Heiße Luft" ausgeschaltet werden?

"Tropische Heiße Luft", überblähte Ziele für China, Brasilien und andere werden dann politisch unausweichlich, wenn der Emissionshandel bereits bei seinen ersten Versuchen innerhalb der Industrieländer der lockenden Versuchung der billigen Emissionsreduktion ohne entsprechende Investition, wie z.B. in Russland, nicht widerstehen kann. Für arme Länder mögen Handelszertifikate von 10 US-Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub> ein Vermögen darstellen, für die meisten Industriestaaten kommt das einem Griff in die Portokasse gleich.

Es bleibt in diesem Zusammenhang lobenswert, dass sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) - ganz im Gegensatz zum europäischen Verband UNICE - letztes Jahr in Buenos Aires öffentlich gegen den Erwerb der heißen Luft ausgesprochen hat.

### **Weitere Mechanismen**

Ganz anders sieht es bei der Joint Implementation (JI) aus. Dieses Instrument könnte sich als sinnvolle Alternative gegenüber dem Emissionshandel erweisen - sofern seine Regeln entsprechend gestaltet werden. Weil JI laut Kioto-Protokoll Verringerung der Emissionen ermöglichen soll, die zusätzlich zu dem passieren, was ohnehin verringert wird, können Innovationen und Technologietransfer in die ärmeren Länder Osteuropas und Russland ermöglicht werden. Für die reicheren OECD-Länder bedeutet es aber auch höhere Exportchancen von umweltschonender Technologie. Darüber hinaus werden durch die rein projektbezogene Umsetzung Transparenz und Monitoring erleichtert.

Der Clean Development Mechanism (CDM) ist der dritte und letzte "Ausweg" der Industriestaaten vor der heimischen Energiepolitik. Anders als beim Emissionshandel und JI ist dieses Instrument nur mit den Entwicklungsländern anwendbar. Weil der CDM ebenfalls auf Projektbasis basiert und eine bisher nicht näher definierte Zusatzlichkeit der Emissionsvermeidung vorsieht, muss dieses Instrument als JI mit Entwicklungsländern bezeichnet werden. Der CDM hatte sich in Kioto aus einem CDF (F für Fund) entwickelt, der eigentlich den Entwicklungsländern Klimaschutzprojekte finanzieren sollte aus Strafgeldern von Industriestaaten, die ihre Ziele nicht einhalten können. Aus dieser eigentlich sinnvollen Idee ist nun ein weiteres Schlupfloch geworden. Zum einen dient es prinzipiell der Aufweichung der Kiotoziele für die Industriestaaten, wenn diese sich Projekte - und mögen sie auch noch so gut sein - in den Entwicklungsländern anrechnen lassen. Darüber hinaus können Industrieländer, sofern die Regeln stehen, bereits ab dem Jahr 2000 Emissionskredite sammeln und sich später ab 2008 anrechnen lassen. Zum anderen droht durch die Festschreibung einer technologisch wenig anspruchsvollen "baseline" die Wegnahme jener Einsparpotentiale, die die Entwicklungsländer eigentlich selber ausnutzen könnten. So würde z.B. eine angenommene "baseline" von 40% Energieeffizienz aller neuen Kraftwerke sicherlich sehr weit höher liegen als die durchschnittliche Effizienz bestehender aber auch neuer Kraftwerke in vielen Entwicklungsländern. Diese würde "Clean Coal" kreditfähig machen und nach unseren Berechnungen dafür sorgen, dass alleine im chinesischen Elektrizitätssektor um eineinhalb Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> für eventuelle Investoren anrechenbar sind - das entspräche fast der Hälfte des gesamten Kiotozieles der Industriestaaten zwischen 2008 und 2012. Würden diese Länder nun sogar zur Hälfte in Erdgaskraftwerke mit noch höherem Wirkungsgrad investieren würde das Kiotoziel noch weiter aufgeweicht.

Um richtig verstanden zu werden, es ist im Kohleland China für den Klimaschutz aber auch für die Gesundheit der Menschen weitaus besser in Clean Coal als in Dirty Coal wie bisher zu investieren, und es ist für Entwicklungsländer ohne eigene Kohleversorgung natürlich wünschenswert, dass sie in saubere Erdgaskraftwerke investieren. Aber das muss doch nicht im Clean Development mechanism finanziert werden. Vielmehr sollte das bei den ausländischen Direktinvestitionen dem Stand der Technik entsprechen.

Der CDM sollte nach unserer Sicht nur die vermiedenen Emissionen aus Erneuerbaren Energien kreditieren und die Vermarktung hocheffizienter Haushaltsgeräte und Industrietechnologien. Aus all diesen Gründen beharrt der WWF darauf, dass sich die Industriestaaten nur 30% ihres Kiotozieles - also die EU 30% ihrer 8% Reduktionsverpflichtung - mit dem Export von Klimaschutz anrechnen lassen dürfen.

**Die Kompromissposition der EU**

Und wo steht die EU? Bisher hat sich die EU bei ihrer Positionsfindung nicht mit Ruhm bekleckert. Weder ist es ihr gelungen, überzeugend heimische Politiken und Maßnahmen zu implementieren, noch hat sie ihre Linie beibehalten - den Vorrang der heimischen Umsetzung vor den flexiblen Maßnahmen. Im Frühjahr verabschiedete sie nach über einem Jahr Streit eine mathematische Kompromissposition, die Stärken und deutliche Schwächen aufweist. Zwar möchte die EU auch die Menge drastisch begrenzen, die ein Land an Emissionen insgesamt verkaufen kann, um die Millionen Tonnen Heißer Luft zu verringern, aber die EU möchte es auch den Ländern freistellen, wie sie ihre Flexibilität gemäß zweier alternativer Formeln berechnen. Demnach können jene Länder, die ihre Emissionen bis zum Jahre 2002 noch deutlich steigern, die Mehrzahl ihrer Emissionsverringerung im Ausland erreichen. Das ist als deutliches Signal nicht nur an die USA zu verstehen, die seit 1990 etwa 10% mehr CO<sub>2</sub> emittiert, sondern auch an jene Staaten in der EU, die bisher wenig unternommen haben. Oder - wer seine Emissionen bereits verringert hat, wird indirekt bestraft.

Da die EU ihre CO<sub>2</sub> Emissionen zwischen 1990 und 2010 gemäß eines neuen "Business as usual" -Szenario der OECD nicht nur um etwa 8% sondern sogar um über 20% steigern könnte, und weil der Effekt des Umstiegs von Kohle auf das viel kohlenstoffärmere Erdgas der Hauptgrund für die bisherige relativ "gute" Emissionsbilanz der EU ist, könnte ein "Run" der EU auf die flexiblen Maßnahmen noch eintreten. Der Umstieg von Kohle auf Erdgas ist zwar eine sinnvolle Maßnahme aber ein Effekt der nicht unbegrenzt den Zuwachs der Emissionen im Transportbereich kompensieren kann, zumal der Umstieg vor allem preis- und wenig politikbegründet ist. Nicht umsonst hat sich europaweit die Energieeffizienz seit 1990 nur um lächerliche 0,2% pro Jahr verbessert. Wenn keine heimischen Politiken umgesetzt werden - und danach sieht es momentan nicht aus - wird die EU wie die USA um die Heiße Luft wetteifern - und für schwache baselines im CDM sorgen.

*Stephan Singer*

Der Autor ist Mitarbeiter bei WWF-International in Brüssel

[1] Unter "Heisser Luft" versteht man die Differenz aus dem Kiotoziel von Russland und der Ukraine (jeweils nur eine Stabilisierung der Emissionen bis 2008/2012) und den vermeintlichen realen Emissionen in dieser Zielperiode. Wegen der ökonomischen Krise liegt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in beiden Ländern bereits heute gut 30-40% unter dem Stand von 1990 und wird nach Expertenanalysen auch bei einer ökonomischen Konsolidierung kaum steigen, da neue Investitionen auch neuere Technologien zum Einsatz bringen und alte ablosen helfen.

## **Klimaschutzziel bis 2005 noch erreichbar!**

### **Die Entwicklung der energiebedingten Treibhausgasemissionen national und global**

*Infolge der wachsenden sozialen Probleme (hier ist vor allem die hohe Arbeitslosigkeit zu nennen) sind die Belange des Klimaschutzes im gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland ? wie die gesamte ökologische Kommunikation ? von geringerer Wichtigkeit als noch Anfang der 90er Jahre. Auch die großen internationalen Konferenzen in Berlin (1995) und Kyoto (1997) und deren Ergebnisse (allen voran das Kyoto Protokoll) mit ihren richtungsändernden Auswirkungen (wenn das Protokoll in Kraft tritt) haben daran nichts geändert.*

Bisher jedenfalls hat noch kein Staat originär aus Klimaschutzgründen Maßnahmen ergriffen, welche "nur" die Treibhausgasemissionen verringern und keine weiteren erwünschten Wirkungen zeigen. Dazu ist, wenn man von bewundernswerten lokalen Ausnahmen absieht, die Bevölkerung, welche ja die Maßnahmen mittragen und umsetzen muss, bisher in praktisch keinem Staat bereit gewesen.

### **Wie entwickelten sich die Treibhausgasemissionen in diesem Umfeld?**

Gar nicht so schlimm, wie man es erwarten müsste. Denn die weltweiten energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen haben von 1989 bis 1994 beinahe stagniert ? eine Folge des Zusammenbruchs der Zentralplanwirtschaften im Osten. Die Folge davon ist, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrieländer von 1990 bis 1995 um etwa fünf Prozent abnahmen. Vermutlich durch die Asienkrise sind die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 1998 erstmals seit 16 Jahren weltweit sogar (schwach) zurückgegangen.

Ermutigend ist, dass auch die Emissionen großer Entwicklungsländer, auf die im Rahmen des Kyoto-Protokolls vorerst keine Reduktionsverpflichtungen zukommen, infolge sinnvoller energiepolitischer Maßnahmen wie z.B. Abbau von Subventionen für fossile Energieträger, bei weitem nicht so ansteigen wie prognostiziert. So sanken 1998 in China die CO<sub>2</sub>-Emissionen sogar um über drei Prozent, obwohl das Wirtschaftswachstum den offiziellen Werten zufolge um 7,9 Prozent zunahm. Die "meaningful participation" von wichtigen Entwicklungsländern - eine Forderung der USA als Voraussetzung ihrer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls - ist also schon im Gange.

### **Der Beitrag der Industrienationen**

Was bleibt, ist auf die "meaningful participation" der USA zu warten. Hat doch das UN-Team, das die Klimapolitik der USA untersuchte, festgestellt, dass die Treibhausgasemissionen der Vereinigten Staaten von 1990 bis 1996 netto um beinahe 20 (!) Prozent angestiegen sind (wobei die USA - wie alle anderen Industrieländer - mit der Ratifizierung der Klimarahmenkonvention als Ziel formuliert hat, bis zum Jahr 2000 ihre Emissionen auf das Niveau von 1990 zurückzuführen). Die allein auf ihr gegenwärtiges kurzfristiges Eigeninteresse ausgerichtete Politik der USA ist also ein Hohn auf die Opfer der kommenden Klimaänderung - die Bewohner vieler Entwicklungsländer wie auch die kommenden Generationen. Im Gegensatz zu den USA scheint die Europäische Union (EU) - die bei weitem kein Musterknabe in der Umsetzung der Klimapolitik in ihrem Einflussgebiet ist - das Ziel für 2000 zu erreichen. Hierfür ist der Beitrag Deutschlands wesentlich, das für ein Viertel der EU-Emissionen verantwortlich ist.

#### **Die Entwicklungen in der Bundesrepublik**

Von 1990 bis 1998 sind die bundesdeutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen um 13 Prozent zurückgegangen. Damit hat sich der 1987 begonnene Trend (in den drei Jahren bis 1990 sanken sie um fünf Prozent) fortgesetzt ? eine Entwicklung, die größtenteils auf den Zusammenbruch der sehr kohlenstoffintensiven DDR-Wirtschaft zurückzuführen ist. Im ersten Halbjahr 1999 ist ein weiterer Rückgang der Emissionen um fast zwei Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen, obwohl der Winter etwas kälter war als 1998.

Das heißt, dass das Erreichen des ehrgeizigen CO<sub>2</sub>-Ziels der Bundesregierung noch möglich ist: Eine Verminderung der Emissionen um 1,5 Prozent jährlich ist dazu notwendig ? dies ist kein unrealistischer Wert. Doch wird dies selbstverständlich nur dann geschehen, wenn die Bundesregierung viele wirksame Maßnahmen ergreift, die schon lange in den Schubladen der Ministerien bereitliegen.

#### **Lückenhafte Bilanzen**

Die deutschen (wie auch alle anderen nationalen) Klimabilanzen sind jedoch, obwohl formal korrekt aufgestellt, nicht umfassend. Sie stellen die von Deutschland bzw. von Deutschen verursachten Emissionen nicht vollständig dar, da sie den internationalen Flugverkehr ausnehmen. Dabei werden lediglich diejenigen Flugverkehrsemissionen einbezogen, die von Binnenflügen in Deutschland ausgehen. Flüge ins Ausland werden nicht erfasst. Damit werden von den durch Deutschland verursachten Flugverkehrsemissionen lediglich ein kleiner Teil ? weniger als ein Fünftel - Deutschland zugerechnet. Diese Problematik betrifft alle Staaten und hat zur Folge, dass für einen wachsenden Teil der Treibhausgasemissionen keine nationale Verantwortlichkeit besteht. Hinzu kommt noch, dass die Treibhausgaswirksamkeit weiterer Flugverkehrsemissionen (wie etwa die der Stickoxide und die von Kondensstreifen), die ebenso groß - oder gar doppelt so groß - sind wie die Wirkung des CO<sub>2</sub>,



überhaupt nicht in Klimabilanzen aufgeführt werden, da diese Stoffe nicht im Kyoto-Protokoll enthalten sind. Der Beitrag des Flugverkehrs, bei dem bis 2015 jährliche Emissionswachstumsraten von drei Prozent erwartet werden, wird also auch weiterhin systematisch unterschätzt.

*Manfred Treber*

Der Autor ist Mitarbeiter bei Germanwatch und Mitglied der AG Klima

# Klimaschutzpolitische Nachhilfe

## **für die Bundesregierung**

### **Die Umsetzung der Klimakonvention in Deutschland**

*Was hat die Bundesregierung bisher zur Umsetzung der Konvention und des nationalen Reduktionsziels von 25% bis zum Jahr 2005 getan und welche Positionen nehmen hierzu die deutschen NRO ein? Um die nationale Umsetzung des Klimaschutzes anlässlich der Klima-konferenz wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken und eine möglichst kohärente Klima-schutzpolitik der Mitgliedsverbände des Forum Umwelt & Entwicklung zu erzielen wurde am 14./15. September auf einer Klausurtagung in Iserlohn eine Studie zur Diskussion vorgestellt, deren Zusammenfassung hier abgedruckt ist.*

Von allen westlichen Industrieländern hat Deutschland das ehrgeizigste Klimaschutzziel formuliert. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl versprach 1995 in Berlin auf dem Klimagipfel, die deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2005 um 25% herunterzufahren (bezogen auf 1990). Tatsächlich gingen die CO<sub>2</sub>-Emissionen Deutschlands von 1990 bis 1997 um insgesamt 12,4% zurück. Allerdings trugen zu diesem Erfolg im wesentlichen die Neuen Bundesländer bei. Dort gingen sie um 44% zurück, während sie in den alten Bundesländern von 1990 bis 1995 um 2% leicht anstiegen.

Daher liegt die Annahme nahe, die CO<sub>2</sub>-Reduktion habe nur wenig mit aktiver Klimaschutzpolitik zu tun, aber viel mit dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft. Ein Blick auf die einzelnen Handlungsfelder zeigt, dass wesentliche Anteile auf den Rückgang der industriellen Produktion, wichtige Anteile aber auch auf die Verbesserungen der Energieeffizienz sowie auf die Veränderung der Energieträgerstruktur zugunsten emissionsärmerer Brennstoffe beruht.

### **Energieverbrauch in der Industrie**

Mit knapp 2.500 PJ [1] hatte die Industrie 1995 einen Anteil von 26,5% am Endenergieverbrauch (BMWi 1999/1). In den alten Bundesländern ist der Endenergieverbrauch der Industrie seit 1990 um 3,2%, in den neuen Bundesländern um 59,2% gesunken. Für Deutschland insgesamt ergab sich eine Reduktion um 16,8% (BMU 1997/1).

Die verbrennungsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen im industriellen Sektor sind im gleichen Zeitraum um insgesamt knapp 43 Mio. t von 170 auf 127 Mio. t zurückgegangen (-

25%). In den alten Bundesländern betrug die Reduktion 9,2 Mio. t, in den neuen Bundesländern waren es 33,7 Mio. t.

Die Prozesswärme hat mit ca. 70% den größten Anteil am Endenergieverbrauch der Industrie. Deshalb ist eine zentrale Maßnahme zum Klimaschutz im Industriebereich die bessere Prozesswärmenutzung. Die Regierung Kohl hatte 1990 beschlossen, hierfür eine Wärmenutzungsverordnung einzuführen. Mit ihr sollten Konzepte zur betrieblichen Nutzung von industrieller Abwärme oder - alternativ dazu - die Pflicht, die anfallende Abwärme Dritten zum Kauf anzubieten, gesetzlich verankert werden. Das Umweltbundesamt schätzte 1992 das Reduktionspotential allein durch diese Maßnahme auf ca. 90 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr (BUND, 1997).

Die alte Bundesregierung gab dann die Verordnung zugunsten der Selbstverpflichtungserklärung der Deutschen Wirtschaft auf. Nach gut 4 Jahren Selbstverpflichtung sind zwar deutliche CO<sub>2</sub>-Reduktionen erreicht worden, doch gehen diese nicht auf besondere Anstrengungen, sondern im wesentlichen auf normale Effizienzverbesserungen und auf den enormen Strukturwandel in den neuen Bundesländern zurück. Zum Teil haben die Industrieverbände ihre gesetzten Reduktionsziele bereits vor Abgabe der Selbstverpflichtung erreicht. Allein dies macht deutlich, dass das Instrument der Selbstverpflichtung nicht ausreicht, das Reduktionspotential im Bereich der Prozesswärme auszuschöpfen.

Auch die Pläne der Koalition für die nächsten Stufen der Ökologischen Steuerreform lassen keine Hoffnung zu, dass noch wesentliche Anreize zum Energiesparen für die Industrie geschaffen werden. Das Produzierende Gewerbe wird weiterhin nur mit einem stark reduzierten Steuersatz belastet. Durch die derzeit sinkenden Strompreise ist sogar zu erwarten, dass die geringen Steuererhöhungen auf Energieträger so gut wie keinen Lenkungseffekt haben. Energiesparmaßnahmen werden unrentabel und die industrielle Kraft-Wärme-Kopplung gerät durch Dumpingangebote der großen Energieversorgungsunternehmen unter Druck. Statt der Selbstverpflichtung auf Verbändeebene fordern die NRO daher, mit einzelnen Firmen im Rahmen von Energieaudits konkrete Zielvereinbarungen zu treffen und diese auch als Basis für Nachlässe bei der Energiebesteuerung heranzuziehen. Die bereits vorbereitete Wärmenutzungsverordnung muss gesetzlich verabschiedet werden, wenn die Ziele der Selbstverpflichtungserklärungen nicht eingehalten werden.

#### **Entwicklungen in den privaten Haushalten**

Mit über 2.600 PJ hatten die Haushalte 1995 einen Anteil von 28,5% am Endenergieverbrauch. Der Energieverbrauch ist bei den Haushalten zwischen 1990 und 1995 in den alten um 22,3% angestiegen, in den neuen Bundesländern hingegen um 19,5% gesunken. Für Deutschland insgesamt ergab sich eine Steigerung von 13,2%.

Die verbrennungsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei den privaten Haushalten waren in

Deutsch-land insgesamt im Jahr 1995 um 6,8 Mio. t oder um 5,3 % höher als 1990, wobei einem Anstieg um beinahe ein Viertel in den alten Bundesländern ein Rückgang um rund 45 % in den neuen Bundesländern gegenüberstand.

Die Haushalte verbrauchen ca. 75% ihrer Endenergie für die Raumwärme. Insgesamt fällt etwa ein Drittel des deutschen Endenergieverbrauchs auf die Beheizung von Gebäuden und ist damit für 20% der CO<sub>2</sub>-Emissionen oder knapp 200 Mio. t CO<sub>2</sub> verantwortlich. Mit heute verfügbaren Techniken ist eine Senkung des Energieverbrauchs um über 70% möglich.

Die wichtigste Maßnahmen ist daher die Neufassung der Wärmeschutzverordnung, die zu-sammen mit der Heizungsanlagen-Verordnung in eine neue Energieeinsparverordnung (EnEV) eingebracht werden soll. Im Juni 1999 wurde hierfür von der Bundesregierung ein neuer Ent-wurf vorgelegt.

Durch eine wirkungsvolle Energieeinsparverordnung könnten 40 bis 50 Mio. t CO<sub>2</sub> vermieden werden. Hierfür fordern die NRO, dass das Niedrigenergiehaus als gesetzlicher Standard für Neubauten aufgenommen wird. Für die Altbausanierung müssen schärfere Standards vorge-schrieben werden, die auf den Techniken des Niedrigenergiehauses basieren. Für die EnEV muss eine Gesamtbilanz für alle Verwendungszwecke (Heizen, Warmwasser, Hilfsenergien und Kühlung) auf Basis des Primärenergieverbrauchs erstellt werden. Die Effizienzstandards müssen dabei dynamisiert, d.h. kontinuierlich an den technischen Fortschritt angepasst werden. Konkret bedeutet das die Verschärfung der Anforderungen um 10% alle 5 Jahre. Das Konzept für die nächsten Stufen der Ökosteuerreform von Rot-Grün ist hingegen für den Bereich der Raumwärme kontraproduktiv, weil die Steuern auf Heizöl und Erdgas nicht weiter erhöht werden. Statt der Nullrunden muss Heiz öl und Erdgas wie die anderen Energieträger kontinuierlich verteuert werden, um Energiesparinvestitionen rentabler zu machen.

#### **Endenergieverbrauch im Verkehrsbereich**

Mit über 2 600 PJ hatte der Verkehr 1995 einen Anteil von 28% am Endenergieverbrauch. (BMWi 1999/6) - Tendenz steigend. In den neuen Bundesländern ist der Endenergieverbrauch von 1990 bis 1995 im Verkehrsbereich um 30,3% und in den alten Bundesländern um 5,7% angestiegen, insgesamt bedeutet dies einen Anstieg von 8,7%.

Auch die verbrennungsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs (ohne internationalen Luftverkehr und Hochseeschiffahrt) waren 1995 um knapp 8% höher als 1990. Während es in den alten Bundesländern zu einer Steigerung um etwas mehr als 4% kam (+ 5,7 Mio. t), nahmen sie in den neuen Bundesländern von 1990 bis 1995 um nahezu ein Drittel (+6,4 Mio. t.) zu. Auf den Straßenverkehr entfielen in Ost- wie in Westdeutschland zuletzt rund 95% der ge-samten verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen, 3% auf den Flug-verkehr.

Um eine Trendwende beim Verkehrswachstum zu erreichen, fordern die NRO ein

Bündel an technischen, fiskalischen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen. Hierzu gehört die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP), der auf eine integrierte und ökologische Betrachtung ausgerichtet werden muss. Dabei sind zum einen alle Verkehrsträger zu berücksichtigen. Dazu zählen der bisher ausgeklammerte Flugverkehr genauso wie effiziente Strategien zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung. Zum anderen muss es Ziel sein, den öffentlichen Verkehr in der Fläche zu erhalten und auszubauen. Bis zur Überarbeitung dürfen keine neuen Baumaßnahmen aus dem BVWP in Angriff genommen werden.

Um das Wachstum des motorisierten Individualverkehrs zu stoppen, muss vor allem die Mineralölsteuererhöhung so ausgestaltet werden, dass sie einen spürbaren Lenkungseffekt hat. Dazu muss sie mindestens 10 Jahre lang um 30 Pf pro Liter und Jahr ansteigen. Für den Schwerverkehr ist im EU-Geltungsbereich eine fahrleistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) einzuführen. Sie soll die Eurovignette ersetzen.

Mit einem neuen Flächenbahnkonzept muss die Bahn wieder zur Nummer eins im Personen- und Güterverkehr werden. Statt isolierter, milliardenteurer Hochgeschwindigkeitsstrecken muss das Gesamtsystem Bahn schneller gemacht werden. Wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass die Bahn von der Verantwortung für das Schienennetz befreit wird. Ähnlich wie in anderen Ländern muss der Staat die Kosten für die Infrastruktur der Bahn übernehmen. Auch muss ein neues Finanzierungsinstrument für ÖPNV geschaffen werden, das den Kommunen zur Verfügung gestellt wird.

Der Flugverkehrssektor muss wie alle anderen Sektoren zu den Klimaschutzziele beitragen. Hierfür müssen alle Flugverkehrssubventionen eingestellt werden, wie z.B. Mineralölsteuerbefreiung auf Kerosin, die Subventionierung von Flughafenerweiterungen und der Bodeninfrastruktur. Gleichzeitig müssen grenzüberschreitende Flüge genauso wie Bahnreisen mit der Mehrwertsteuer belegt werden.

[weiter...](#)

## Rund um den Klimagipfel in Bonn

### **NRO ist nicht gleich NRO**

Bevor man sich den Aktivitäten zuwenden kann, ist es notwendig erst einmal kurz auf Rahmenbedingungen des diesjährigen in Bonn stattfindenden Klimagipfels einzugehen.

Während vor einigen Jahren der Begriff ?Nichtregierungsorganisation? noch relative Eindeutigkeit herrschte, wird bei der UNO unter dem gleichen Namen ein ganzes Sammelsurium von Organisationen verstanden. Dabei wird im wahrsten Sinne des Wortes verfahren: als NRO gilt, wer eine nicht regierende Organisation ist. Darunter fallen neben den ?klassischen? NRO auch Wissenschaftsinstitute und Industrieverbände. Diese Neudefinition führte zu einer Begriffserweiterung: Bei den Klimaverhandlungen heißt es deshalb ?Green NGO? und ?Business NGO? um Ver(w)irrungen ein Ende zu setzen.

Es besteht von verschiedenen Seiten ein großes Interesse daran, möglichst viele NRO zu Aktivitäten während der Klimakonferenz zu mobilisieren. Zum einen, um dadurch gesellschaftliche Interessen möglichst breit vertreten zu wissen, und zum anderen, um die ganze Veranstaltung ?farbenfroher? und ?bunter? zu gestalten. Dieses Jahr scheint aber alles ein wenig anders zu sein als in den vorangegangenen Jahren: Es wird kein spezielles Klimaforum geben, das die Koordination der verschiedenen Aktivitäten rund um die COP 5 in die Hand nimmt, und es findet auch keine Massenmobilisierung wie zu Zeiten des Berliner Klimagipfels statt. Alles in Allem soll es also dieses Jahr ruhiger zugehen, so wird zumindest gemunkelt. Auf der Suche nach dem ?warum? wird man schnell fündig. Ein oft gehörtes Argument reduziert den diesjährigen Klimagipfel in weiten Bereichen ?nur? auf eine inhaltliche Vorbereitung für die sechste VSK im nächsten Jahr, die sich in den meisten Bereichen mit technischen Detailfragen beschäftigt. Dies wurde bereits durch die Bemerkung bestätigt, dass es dieses Jahr zu einem ?climate change woodstock for technical flexmechs freaks? werden könnte. Wenn man sich die einzelnen Programmpunkte der diesjährigen Klimakonferenz anschaut, kann man sich des Gefühls nicht erwehren, dass es tatsächlich so werden kann. Es gibt also genug zu tun für NRO um den ?technical freaks? zwischendurch mal ordentlich in die Suppe zu spucken.

Es kann also überhaupt nicht die Rede davon sein, dass 1999 ein laues

Klimagipfeljahr werden wird. Der Gesamtprozess geht weiter - und er muss weiter gehen, um globalen Klimaschutz möglich zu machen. Technische Details sind unter anderem nun einmal ein lästiger aber notwendiger Bestandteil der Verhandlungen, um die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu ermöglichen. Aber eine intensive Arbeit der NRO wird nötig sein, um darauf hinzuwirken, den Prozess auf richtigen Kurs zu bringen und technische Probleme nicht als Argument zuzulassen, um den Gesamtprozess auszubremsen.

In diesem Sinne wird auch die fünfte VSK in Bonn die gleiche Priorität für NROs haben wie die Klimakonferenzen zuvor, ob sich das in einem 'bunten' Programm äußern wird, oder eher auf thematische und inhaltliche Auseinandersetzung konzentriert ist, kann an dieser Stelle nur teilweise und unvollständig beantwortet werden.

#### **Veranstaltungen, Events, Aktionen, Tagungen, Workshops, Seminare**

Zunächst einmal gibt es die sogenannten 'side-' oder 'special events'. Dabei handelt es sich um Veranstaltungen die von den Teilnehmern der VSK während der Konferenz als Beiprogramm durchgeführt werden.

Über hundert solcher beim UN Klimasekretariat angemeldete *events* werden für eine wahre Informationsflut sorgen. Das Spektrum reicht von Werbekampagnen der Atomlobbyisten (normalerweise mit Sekt und Buffet), über Fachveranstaltungen von wissenschaftlichen Institutionen bis hin zu NRO - Veranstaltungen und Diskussionen zu verschiedensten Themenkomplexen. Eine komplette Darstellung würde an dieser Stelle wohl den Rahmen sprengen. Wer Näheres wissen will wird in Kürze eine Liste der Veranstaltungen auf der Homepage des Klimasekretariats unter [www.unfccc.de](http://www.unfccc.de) abrufen können.

#### **Veranstaltungen der AG Klima des Forum Umwelt & Entwicklung zur Klimakonferenz**

Der diesjährige inhaltliche Beitrag der AG Klima zur Klimakonferenz wird sich auf das Nord-Süd Thema, die nationale Umsetzung der Klimakonvention und einen Medienworkshop konzentrieren (siehe auch im Veranstaltungsteil des Rundbriefs). Der Nord-Süd Aspekt wird bei den Klimaverhandlungen eine zunehmende Rolle spielen. Deshalb hat die AG Klima in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung einen internationalen NRO Workshop organisiert, bei dem TeilnehmerInnen aus dem Süden mit TeilnehmerInnen aus dem Norden strategische Fragen zu folgenden Themen diskutieren werden:

- Welche Relevanz hat die Diskussion um Emissionsbegrenzung für Entwicklungsländer für deren Entwicklungschancen?
- Welche Gefahren stecken in 'freiwilligen Selbstverpflichtungen' von Entwicklungsländern für die Integrität der Klimaverhandlungen?
- Welche Bedeutung haben Klimaschutzprojekte von Industrieländern in

Entwicklungsländern real?

- Was erwarten NRO aus dem Süden von ihren Partnern im Norden?

Das Ziel dieses Workshops wird sein, den teilnehmenden Nord- und Süd- NRO ein Forum zu bieten, sich auf diese Themen gut vorbereiten zu können, um für die Klimaverhandlungen eine klarere und einheitlichere Strategie zu entwickeln. Wenn man den derzeitigen Ablauf der Klimaverhandlungen betrachtet, wird immer deutlicher, dass die nationale Umsetzung der Klimakonvention in den meisten Ländern zeitlich weit hinter den Vorgaben der Konvention zurück bleiben. Aber erst wenn die Klimakonvention weltweit umgesetzt wird, kann von Klimaschutz gesprochen werden. In diesem Zusammenhang setzt die AG Klima ihre bereits seit Anfang dieses Jahres andauernden intensiven Bemühungen fort, die Umsetzung der Klimakonvention in Deutschland einzufordern (Studie, Strategieseminar - siehe Artikel von Harald Schäffler in diesem Rundbrief), und wird während der Klimakonferenz eine Nebenveranstaltung in Zusammenarbeit mit verschiedenen NRO aus anderen EU-Ländern durchführen, die die nationale Umsetzungen der Klimakonvention in den einzelnen EU-Ländern zum Thema hat.

Etwa eine Woche vor Beginn der Klimaverhandlungen wird ein Medienworkshop vom Forum organisiert, mit dem der interessierten Presse die Problemlage der Klimaverhandlungen aus NRO Sicht nahegebracht werden soll. Außerdem wird es während der gesamten Verhandlungszeit kurze oder längere Veranstaltungen mit der Presse geben, die je nach Ergebnislage intensiviert werden.

#### **Menschen, Briketts, Flugobjekte, Transparente, Fahrräder, Bilder, Überraschungen**

Überraschungen sind keine mehr, wenn man darüber spricht. Mit dieser Devise werden einige größere Verbände dafür sorgen, dass den festgefahrenen Verhandlern und der übermächtigen Presse zwischendurch unvermutet die Augen geöffnet werden. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, um das einleitende Sprichwort nicht unnötig zu belasten.

Vielleicht doch noch ein kleiner Hinweis in eigener Sache. Die AG Klima wird ebenfalls durch eine Aktion auf die zunehmende Erwärmung der Erde durch Verbrennung von Kohle und Erdöl aufmerksam machen. Bei dieser Aktion könnte es der Erde ein bisschen zu warm werden... Mehr soll und kann an dieser Stelle noch nicht verraten werden.

Außerdem sollen Länder für ihre Negativleistungen gegen den Klimaschutz ausgezeichnet werden. Mehr darüber kann man dann zu gegebener Zeit in der lokalen und internationalen Presse bzw. durch kurzfristige Ankündigungen erfahren.

#### **Außerdem: Die Stadt Bonn**

Die Bundesstadt Bonn ist noch in aller Munde. Selbst zur Hauptsendezeit wird in der



ARD über Bonn berichtet. Dies ist eigentlich nichts Besonderes für eine Stadt wie Bonn, doch hat sich inzwischen einiges verändert. Was die Medien im Moment besonders interessiert, ist die Umwandlung einer Bundeshauptstadt in eine Bundesstadt, ein bisher einmaliger Prozess in der deutschen Geschichte. Um diese Verwandlung der Stadt positiv zu gestalten, nutzt Bonn die Klimakonferenz, um mit einem beachtlichen Aufwand das neue Gesicht der Stadt zu gestalten: Ein Markt der Möglichkeiten zum Thema Klimaschutz wird ins Leben gerufen, um an einem Wochenende parallel zur Klimakonferenz regionalen Klimaschutz auszustellen. Weiterhin ist ein Multimedia-Großevent geplant, eine große Fotovoltaikanlage soll eingeweiht werden, Plakate, Transparente und Programmhefte werden gedruckt, eine Diskussionsrunde mit Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeister vorbereitet und schließlich noch ein Themenabend zum Klimaschutz bei ARTE produziert (mit NRO Beteiligung natürlich).

Besonders der Markt der Möglichkeiten bietet Schulen, Organisationen und Betrieben die Chance, ihre Aktivitäten im Bereich Klimaschutz der Öffentlichkeit zu präsentieren. Er findet am letzten Oktoberwochenende rechtsrheinisch bei T-Mobil statt.

**Auch das gehört dazu:**

PVC als Klimaretter? Aluminiumindustrie als Klimaschützer? Diese skurrilen Verbindungen entstehen, wenn es um die Teilnahmewünsche bestimmter Industriezweige am Markt der Möglichkeiten geht. Bestimmt gibt es passendere Anlässe über diese Fragen zu diskutieren, als auf einem Markt der Möglichkeiten, der das Ziel hat, einer breiten Öffentlichkeit Klimaschutz zu präsentieren. Schade für alle die gerne mit der PVC- oder Alu - Industrie diskutiert hätten, denn beide werden wohl Dank unserer Bemühungen nicht dabei sein.

Stutzig wird man, wenn man einen Veranstaltungshinweis liest, bei dem die Rolle der Entwicklungsländer bei Emissionsreduktionen diskutiert werden soll, aber kein einziges Entwicklungsland zu Wort kommt. Bei jener Veranstaltung sind fünf Redner vorgesehen, wobei drei aus den USA, einer aus Italien und einer aus Norwegen kommen. Selbst beim Moderator bleibt ein großes Fragezeichen im Raum stehen: aus Frankreich kommt er und ist bei ELF beschäftigt. Auch wenn die Sponsoren dieser Veranstaltung hochkarätig sind (UNEP, UNDP, *Environmental Protection Agency* (EPA) und andere US - Departments) gibt es bestimmt interessantere Diskussionen, bei denen das Resultat auch nicht so absehbar ist. Übrigens: die Veranstaltung findet in den USA statt, also sowieso kein Thema für Klimaschützer, da es hier vor Ort viel interessantere und spannendere Aktivitäten gibt.

*Gerald Knauf*

Der Autor ist Referent der AG Klima

Nähere Infos gibt es beim Autor in der Projektstelle U&E.

[1] Es ist bereits der 5. Klimagipfel und heißt im UN Fachjargon:

Vertragsstaatenkonferenz (VSK) der UN Klimarahmenkonvention oder in Englisch:  
*Conference of the Parties to the UN Framework Convention on Climate Change*  
(COP5 UNFCCC).

## **Brennpunkt Atomausstieg**

**Zwei Positionen zum Ausstieg und zum Einstieg in die Energiewende**

1. Warum der Atomausstieg sofort erforderlich ist
2. Verschiebebahnhof oder Strategie?

## Perspektiven der neuen Welthandelsrunde

### **Auf neoliberalem Kurs in ein neues Jahrtausend?**

*Die WTO und der Begriff Millenniumround - Jahrtausendrunde - sind derzeit in aller Munde. Hinter dem Namen verbirgt sich ein komplexer Sachverhalt, der tatsächlich über die Geschicke des Welthandels und damit über die Lebensbedingungen von Milliarden von Menschen zu Beginn des neuen Jahrtausends entscheiden wird. Es wird darum gehen, ob der Kurs der beschleunigten und verstärkten Liberalisierung des Welthandelssystems so weiter gefahren wird oder ob erreicht werden kann, dass zunächst alle Liberalisierungsfortschritte und bestehenden Verträge aus der Uruguay-Runde auf ihre Auswirkungen hin sorgfältig überprüft und kritisch analysiert werden.*

Vom 30.11. bis 3.12. 99 wird die regulär alle zwei Jahre stattfindende Ministerkonferenz der WTO in Seattle, USA abgehalten [s. **Kasten: WTO**]. Dabei treffen insgesamt 134 Delegationen aller WTO-Mitgliedsstaaten zusammen, jeweils angeführt von den nationalen Wirtschafts- bzw. Handelsministern. Die Ministerratstagung wird das Mandat für die nächste Verhandlungsrunde festlegen. Noch ist ungewiss, ob es dabei um ein Bündel von gleichzeitig zu verabschiedenden Themen oder nur um die in der sogenannten built-in agenda, d.h. der schon in der Uruguay-Runde beschlossenen Tagesordnung, gehen wird. In diesem zweiten Fall würden zwei Themen weiter verhandelt, nämlich der Handel mit Dienstleistungen und Agrarfragen. Dazu kämen noch Bereiche, die seit der ersten WTO-Ministerratstagung 1994 in Singapur verhandelt werden, nämlich Wettbewerbspolitik, staatliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen. Alle, auch eventuell neu hinzukommende Themen, würden dann getrennt voneinander verhandelt und beschlossen.

Im ersten Fall würde eine umfassende Verhandlungsrunde als single undertaking, als Gesamtpaket, von den Ministern beschlossen werden. Die dann gleichzeitig zu verhandelnden Themen wären neben der built-in-agenda die Reduzierung der Zolltarife auf gewerbliche Waren und verschiedene 'neue Fragen'. Zu diesen neuen Fragen könnte unter Umständen auch die Aufnahme des Themas Investitionen gehören, eine Forderung, die nach dem Scheitern des MAI (Multilateral Agreement on Investment) in der OECD von Seiten einiger WTO-Mitglieder immer lauter wird. Auch die Verankerung von Sozial- und Umweltstandards in der WTO könnte ein

Thema werden, der verbindlichen Einführung werden jedoch wenig Chancen eingeräumt.

### **Verschiedene Positionen - unterschiedliche Interessen**

Bei der Festlegung der Tagesordnung spielen taktische Gesichtspunkte eine große Rolle. Es ist offensichtlich, dass bestimmte Akteure Themen für die Tagesordnung vorschlagen, die sie in Wirklichkeit nicht interessieren und die sie nicht verhandelt haben wollen.

Auf der einen Seite stehen die einflussreichen Akteure in der WTO, EU, USA und Japan. Sie sind alle an einem umfassenden Verhandlungspaket interessiert. Dahinter verbirgt sich die Verhandlungsstrategie, dass Themen, bei denen diese Staaten aller Voraussicht nach Zugeständnisse machen müssen, gegen Zugeständnisse in anderen Verhandlungsbereichen gegengerechnet werden können. Ein Beispiel betrifft den im Rahmen der built-in-agenda getrennt zu verhandelnden Agrarbereich. Die EU wird mit Sicherheit Verhandlungsmasse brauchen, um ihr landwirtschaftliches Subventionssystem, wenn auch in irgendeiner Form angepasst, durchzubekommen. Die EU befürchtet hier Verluste und möchte dies durch Gewinne in anderen Bereichen kompensieren.

Ein weiteres Beispiel ist die Forderung der Industrieländer nach Klärung von bestimmten Umweltthemen in der WTO (die auch die EU stark vertritt), in der die Entwicklungsländer aber potentielle Handelshemmnisse sehen und sie daher strikt ablehnen. Dies könnte am Ende von den Industrieländern geopfert und den Entwicklungsländern als Zugeständnis 'verkauft' werden, um z.B. Investitionen oder weitere Dienstleistungsliberalisierungen wie Telekommunikation, Banken und Versicherungen, die zu den zentralen Interessen der Industrieländer gehören, auf die Tagesordnung zu bekommen.

Die meisten Entwicklungsländer signalisieren keine große Bereitschaft, eine neue umfassende Runde aufzunehmen. Sie befürchten - und das zu Recht -, dass eine neue Runde zu neuen Verpflichtungen ihrerseits führen könnte, während die Umsetzung der Beschlüsse aus der Uruguay-Runde gerade auch auf Seiten der Industrieländer in einigen Punkten immer noch aussteht. Zudem hatten viele Entwicklungsländer für die Implementierung von Verpflichtungen aus der Uruguay-Runde, wie Zollsenkungen im Rahmen von special and differential treatment (Ausnahmeregelungen), verlängerte Fristen erhalten. Diese Fristen laufen jetzt nach und nach aus, so dass teilweise erst jetzt Beschlüsse aus der letzten Runde umgesetzt werden müssen.

Viele Länder verweisen darauf, dass durch die Aufnahme einer neuen Runde das Tempo der international verhandelten Deregulierung, von der sie sich ohnehin schon überrollt fühlen, noch einmal erhöht würde. Eine starke Gruppe, darunter Mexiko, Thailand, Chile, Argentinien und alle osteuropäischen Mitglieder der WTO gehört zu den Befürwortern einer neuen Liberalisierungsrunde. Die Kritiker unter den

Entwicklungsländern werden angeführt von Indien, Ägypten und Malaysia. Zu ihnen gehören auch die LLDC (Least Developed Countries - am wenigsten entwickelte Länder).

Die Entwicklungsländer hätten bei getrennt verhandelten Themen eine wesentlich stärkere Verhandlungsmacht und könnten die von ihnen gewünschten Themen wie Zugeständnisse im Agrarbereich oder Regelungen gegen eine Patentierung von Lebewesen im TRIPS-Abkommen (*Trade Related Intellectual Property Rights* (geistige Eigentumsrechte) einfacher durchsetzen.

Die Erstellung der Tagesordnung geht in diesen Tagen in ihre letzte Phase. Von allen WTO-Mitgliedern liegen inzwischen Mandate oder deren Entwürfe bei der WTO vor. Auf deren Grundlage wird dann die Erklärung der Ministertagung vorbereitet, die die endgültige Tagesordnung, das Verfahren und die Dauer der neuen Verhandlungsrunde beinhalten wird.[1]

*Martina Schaub*

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei Germanwatch und Mitglied der AG Handel

[1] Weitere Informationen zu diesem Thema gibt es auf der Homepage von

GERMANWATCH: [www.germanwatch.org/tw/home.htm](http://www.germanwatch.org/tw/home.htm);

Vom Forum Umwelt & Entwicklung und GERMANWATCH ist unter dem Titel 'Reform des Welthandelssystems oder neue Liberalisierungsrunde' ein Kommentar zum Verhandlungsmandatsentwurf der EU erschienen; Dieser ist auch im Internet abzurufen unter: [www.germanwatch.org/tw/eumandat.htm](http://www.germanwatch.org/tw/eumandat.htm);

Bei GERMANWATCH kann ein regelmäßig erscheinender Informationsdienst 'Brücken zwischen Handel und zukunftsfähiger Entwicklung' per e-mail oder gedruckt bezogen werden bei: GERMANWATCH, Budapester Straße 11, 53111 Bonn, Tel. 0228-6049213, Fax: -19, e-mail: [TradeWatch@germanwatch.org](mailto:TradeWatch@germanwatch.org), <http://www.germanwatch.org>

# Die Position deutscher NRO

## **Die Position deutscher Nichtregierungsorganisationen zu einigen WTO-Themen und der Jahrtausendrunde**

*Aktuell hat die AG Handel des Forum Umwelt & Entwicklung drei Positionspapiere zu den Themen Milleniumrunde, ökologische Reform des WTO-Regimes und (in Zusammenarbeit mit der AG Landwirtschaft des Forums Umwelt & Entwicklung) zu Agrarverhandlungen in der WTO herausgegeben [1].*

### **1. Für eine grundlegende WTO-Reform statt einer "Millenium-Runde"**

In dem Papier werden Defizite und Reformbedarf der WTO aufgezeigt und in der Schlussfolgerung ein intelligenter Mix von Liberalisierungsmaßnahmen und politischer Steuerung gefordert. Es werden drei Kritikpunkte benannt:

#### **Untersuchung der Auswirkungen der Handelsliberalisierung**

Es fehlt als Grundlage für eine neue Runde eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der bestehenden Verträge und ihrer Umsetzung im Hinblick auf eine Reihe von Auswirkungen. Besonders hinsichtlich Umwelt, der sozialen Situation, Arbeitnehmer- und Menschenrechte, der Lage der Frauen, ökonomisch besonders verwundbarer Bevölkerungsgruppen und der Entwicklungsperspektiven für die Länder des Südens muss es eingehende Untersuchungen geben. Diese Ergebnisse müssen als Basis für entwicklungs-, umwelt- und sozialverträgliche Reformen der WTO dienen.

#### **Stärkere Berücksichtigung und Einbindung der Entwicklungsländer**

Für Entwicklungsländer weisen die bestehenden Verträge erhebliche Defizite bzw. Ungleichgewichte zu deren Lasten auf - besonders hinsichtlich so wichtiger Abkommen wie Landwirtschaft und Textilien. Die von der WTO noch zugelassenen handels- und wirtschaftspolitischen Instrumente sind überwiegend auf die Bedürfnisse der Industrieländer zugeschnitten. Die vertraglich vorgesehenen Vorzugsregelungen für Entwicklungsländer sind inhaltlich nicht weitgehend genug und in ihrer Umsetzung defizitär. Hochkomplizierte und intransparente Entscheidungsprozesse bei der WTO begünstigen Industrieländer, deren Delegationen groß und gut ausgestattet sind. Arme Entwicklungsländer werden benachteiligt, ihre Partizipationsmöglichkeiten bei Verhandlungen sind mangels Personal zum Verfolgen aller relevanten Diskussionsprozesse eingeschränkt. Es muss den Entwicklungsländern eine reale Beteiligung bei der WTO ermöglicht werden, die Verfahren müssen einfacher und transparenter werden. Wichtige

Entscheidungen sollten ausschließlich in formellen Gremien diskutiert werden. Gleichzeitig müssen den ärmsten Entwicklungsländern Mittel bereitgestellt werden, um arbeitsfähige Delegationen in Genf zu unterhalten. Des Weiteren sollte ein "Rechtsbeistand" für Entwicklungsländer in Streitschlichtungsverfahren eingerichtet werden.

### **Das Verhältnis der WTO zum UN-System und zur Zivilgesellschaft**

Sowohl die internen Strukturen der WTO als auch ihre Stellung im internationalen System verweisen auf grundlegende Demokratiedefizite. Die WTO-Verträge greifen massiv in die Gesetzgebungskompetenz der nationalen Parlamente ein, gleichzeitig sind Parlamente und gesellschaftliche Gruppen nicht an der Aushandlung der Verträge beteiligt und nur unzureichend darüber informiert.

Das Kräfteverhältnis zwischen der WTO und internationalen Organisationen, die sich mit nachhaltiger Entwicklung, politischen und sozialen Menschenrechten beschäftigen, muss besser ausbalanciert werden.

### **2. Forderungen zur ökologischen Reform des WTO-Regimes**

In diesem Papier fordern die NRO eine ökologische und sozialverträgliche Reform des internationalen Handelssystems. Die anstehende WTO-Verhandlungsrunde soll der nachhaltigen Entwicklung gewidmet sein. Es werden vier Kernthemen mit entsprechenden Forderungen benannt:

#### **Multilaterale Umweltabkommen - MEA (Multilateral Environmental Agreements) und die WTO**

Die ca. 180 MEA sind derzeit die wichtigsten Instrumente zur Lösung internationaler Umweltprobleme. Ca. 10% dieser Abkommen enthalten handelsbeschränkende Maßnahmen (z.B. Basel Konvention, Montreal Protokoll), die formale Anerkennung dieser Abkommen durch die WTO steht noch aus. Die AG Handel fordert die formale Anerkennung der Priorität der MEA vor der WTO.

#### **Verankerung des Vorsorgeprinzips in der WTO**

Das Vorsorgeprinzip ist als eines der wesentlichen Grundprinzipien der Umweltpolitik aus der Rio-Deklaration hervorgegangen und in der WTO nicht angemessen verankert. Höhere nationale Standards werden von der WTO nur dann akzeptiert, wenn sie wissenschaftlich "fundiert" sind bzw. auf einer Risiko-Abwägung beruhen, die den WTO-Anforderungen genügen.

Gefordert wird eine bindende Verpflichtung der WTO auf das Vorsorgeprinzip und gleichzeitig eine umgekehrte Beweislast bei Streitfällen: die Partei, die gegen handelsbeschränkende Maßnahmen zum Umwelt- und Gesundheitsschutz klagt, muss den Nachweis erbringen, dass diese Maßnahmen sachlich unbegründet und diskriminierend sind. Somit würde im Zweifel für den Umwelt- und Verbraucherschutz entschieden.

#### **Abbau umweltschädigender Subventionen**

Während viele Entwicklungsländer seit langem auf den Abbau von Agrar- und



Fischereisubventionen der Industrieländer drängen, setzen diese ihre Subventionspraxis fort. Durch Exportsubventionen für z.B. Fleisch und Getreide betreiben sie ruinöses Dumping zu Lasten der Landwirtschaft und Ernährungssicherheit vieler Entwicklungsländer. Die AG Handel fordert mehr Kohärenz von Handels- Entwicklungs- und Umweltpolitik und eine konsequente Überprüfung der Subventionspraxis im Rahmen der WTO-Verhandlungen.

### **3. Kein Handel mit dem Hunger**

Mit dem Untertitel "Keine Einschränkungen der Hungerbekämpfung im Süden und des Umweltschutzes im Norden durch die WTO" beziehen die deutschen NRO zu den anstehenden WTO-Verhandlungen im Agrarbereich Position. Sie wenden sich gegen Verhandlungen im Agrarbereich, sofern sie - wie im bestehenden Agrarabkommen - ausschließlich unter dem Vorzeichen der Liberalisierung stattfinden. Die Agrartheme sollen nicht in einem Gesamtpaket verschiedener Themen, sondern im Rahmen des schon im alten Vertrag festgelegten Verhandlungsmandats ausgehandelt werden. Dies soll verhindern, dass ein Konzessionsaustausch zwischen anderen Verhandlungsbereichen und dem Agrarsektor stattfindet. Es wird gefordert, dass die sogenannten nicht-handelsrelevanten Belange, wie Ernährungssicherheit oder Umweltschutz, im Vordergrund stehen. Außerdem sollen Schwerpunkte auf die Anliegen der Entwicklungsländer und auf den Aufbau eines globalen Ernährungs-Sicherheitsnetzes gelegt werden. Zu den Themenblöcken "Schwerpunkte bei den neuen Agrarverhandlungen der WTO", "Agrarpolitik der Entwicklungsländer", "Agrarpolitik der Industrieländer" und "Lebensmittelrecht und Gentechnik" werden insgesamt 20 Detailforderungen gestellt.

*Martina Schaub*

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei GERMANWATCH und Mitglied der AG Handel.

[1] Die Positionspapiere können auf den Web-Seiten des Forum Umwelt & Entwicklung abgerufen werden unter <http://www.oneworldweb.de/forum>

[s. auch **Kasten: WTO**]

## Ungleichgewichte im Agrarbereich

### Was steht an bei den Agrarverhandlungen in der WTO?

*"Live as if your are going to die tommorrow*

*Farm as if you are going to live forever"*

*(alte englische Bauernweisheit)*

5 Jahre ist das Agrarabkommen (AoA) der WTO nun in Kraft! Welche Erfahrungen sind bei der Durchführung der Vereinbarungen gemacht worden? Welche Auswirkungen hat das Abkommen auf die heimische Landwirtschaft? So unterschiedlich die Antworten je nach Land auch sein mögen, ist eines jedoch unbestritten: Das Agrarabkommen ist ungleichgewichtig angelegt hinsichtlich der Festlegung der Verpflichtungen und Rechte, nämlich zu Lasten der Entwicklungsländer (EL).

Dieses Ungleichgewicht gilt es bei den anstehenden Agrarverhandlungen aufzuheben. Art.20 AoA schreibt eine Weiterführung des Reformprozesses vor, dessen langfristiges Ziel eine schrittweise und wesentliche Senkung der Stützungs- bzw. Schutzmaßnahmen ist. Dabei sollen nicht nur die Erfahrungen mit dem AoA und die Auswirkungen auf den Weltagrarhandel, sondern vor allen Dingen auch nicht handelsbezogene Anliegen, die sog. *Non Trade Concerns* (NTCs), berücksichtigt werden. Dazu zählen insbesondere die Ernährungssicherung und der Umweltschutz. Als ein Ergebnis der Ministerkonferenz in Singapur 1996 wurde ein informeller Informationsaustausch- und Analyse (AIE-) - Prozess eingeleitet, um so im Agrarausschuss schon im Vorfeld der weiteren Verhandlungen ein Forum zu bieten, die jeweiligen Interessen darzulegen und mögliche Probleme zu erörtern. Von den 54 (39 IL, 14 EL) bis März 1999 vorgelegten Papieren, behandeln die Hälfte allein die internen Stützungsmaßnahmen (15) oder die NTCs (12).

### Interne Stützung

Alle Maßnahmen in diesen beiden Boxen sind von Senkungsverpflichtungen ausgenommen.

- Die Green Box enthält nicht oder nur minimal handelsverzerrende Maßnahmen; die wichtigste Anforderung ist, dass die Höhe der Subvention nicht an die Produktionsmenge und die Produktpreise gekoppelt sein darf. Darunter fallen auch bestimmte Subventionen, die aus ökologischen Gründen

- gewährt werden.
- Die Blue Box enthält direkte Einkommensübertragungen, sofern sie mit angebotsbeschränkenden Maßnahmen einhergehen. Sie sind bis zum Jahr 2000 geduldet und müssen dann neu verhandelt werden.

Umstritten ist insbesondere die *Blue Box*, die von der EU als alleinigen Hauptnutzer verfehlet wird. Mit der Agenda 2000 erfolgte keine vollständige Entkoppelung von der Produktion, so dass die Maßnahmen damit nicht ?Green Box? tauglich sind. Der Fortbestand der ?Green Box? als solche, wird nicht in Frage gestellt, jedoch ist eine striktere Formulierung der Kriterien sehr wahrscheinlich, da allgemein die Gefahr gesehen wird, dass sie die Grundbedingung der geringen Handelsverzerrung nicht erfüllen. Einen weiteren Diskussionspunkt stellt die Frage der Verlängerung der "Friedensklausel" nach 2003 dar, die bei Blue und Green Box Subventionen als auch bei Exportsubventionen einen Schutz vor handelspolitischen Maßnahmen anderer Mitgliedsländer bietet. Damit können sich z.B. die EL nicht angemessen gegen mögliche schädigende Effekte von Exportsubventionen zur Wehr setzen. Während die EU und Süd-Korea sich für dessen Erhaltung einsetzen, signalisieren die anderen WTO-Mitgliedsländer allenfalls ein Einlenken im Falle von Zugeständnissen in anderen Bereichen.

#### **Nicht handelsbezogene Belange**

Einen großen Raum hat hierbei die Diskussion um die "Multifunktionalität" der Landwirtschaft eingenommen. Der Begriff Multifunktionalität soll zum Ausdruck bringen, dass die Landwirtschaft noch andere Funktionen hat, außer ihrer primären Funktion der Erzeugung von Nahrungsmitteln: z.B. Ernährungssicherung, Erhalt aktiver ländlicher Räume, Umweltschutz und Beschäftigungssicherung. Entsprechend den unterschiedlichen landwirtschaftlichen Gegebenheiten wird dieser Begriff mit Inhalt gefüllt. Aber erst die Verwendung dieses Begriffs als Argument für eine Rechtfertigung von Subventionen bzw. von Schutzmaßnahmen verdeutlicht die Notwendigkeit, sich darüber auf internationaler Ebene zu verständigen. Wesentliche Befürworter des multifunktionalen Ansatzes sind u.a. Norwegen, Schweiz, Japan, Mauritius und die EU.

Indien betont als wichtiges nicht handelsbezogenes Anliegen (Non Trade Concern - TNC) für die EL die Ernährungssicherung und fordert eine Diskussion über die dafür nötige Flexibilität bei den Bestimmungen des AoA. Der einzige Weg die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern, sei die steigende finanzielle Unterstützung des Staates für Inputs wie z.B. Bewässerung, Dünger, Pestizide.

#### **Marktzugang und Exportsubventionen**

Auch wenn die Liberalisierung bei den im AIE-Prozess vorgelegten Papieren nicht

die größte Rolle spielte, werden weitere Schritte in dieser Richtung zu erwarten sein. Verbesserter Marktzugang wird v.a. von den agrarexportierenden Ländern (Cairns-Gruppe), insbesondere von den USA als größten Exporteur von landwirtschaftlichen Produkten, eingefordert. Kritisch diskutiert werden hingegen Maßnahmen, die dieses Ziel unterlaufen bzw. auf anderen Wegen versuchen die heimische Landwirtschaft zu schützen.

Aufgrund der stark handelsverzerrenden Effekte und der schädlichen Auswirkungen auf die Märkte von EL wird vehement eine Streichung der Exportsubventionen gefordert. Hier ist insbesondere die EU angesprochen, auf die 84% ('96) aller Exportsubventionen entfallen.

Nachdem in der Uruguay-Runde die Liberalisierung im Vordergrund stand, sprechen sich NGO nun dafür aus, die NTC schwerpunktmäßig zu behandeln. Eine weitere Analyse ist im Bereich der Landwirtschaft nicht notwendig: Das Abkommen ist ungleichgewichtig und dies gilt es zu ändern! Insbesondere muss den EL das Recht eingeräumt werden, ihre Agrarpolitik in dem Spannungsfeld zwischen Exportorientierung und Stärkung der Selbstversorgungskapazität mit Nahrungsmitteln selbst zu bestimmen!

*Marita Wiggerthale*

Die Autorin ist Mitarbeiterin der KLJB und Mitglied der AG Handel des Forums Umwelt & Entwicklung.

## Stadt, Land - kein Tier - kein Fluss

### **BürgermeisterInnen aus aller Welt diskutierten im Juni in Bonn**

*Am 11 und 12. Juni 1999 fand in Bonn das zweite ?World Mayors Forum on Cities and Desertification? statt. Die Veranstalter (die Stadt Bonn, der International Fund for Agricultural Development (IFAD) und das UNCCD-Sekretariat hatten über 100 BürgermeisterInnen aus betroffenen Ländern und Industriestaaten eingeladen, um dem weitverbreiteten Missverständnis entgegenzuarbeiten, dass Desertifikation ausschließlich die ländlichen Regionen im Süden betrifft. In thematischen Workshops wurden Zusammenhänge zwischen urbanen und ländlichen Problemfeldern identifiziert, die maßgeblich den Verlauf von Desertifikationsprozessen beeinflussen.*

Im Zentrum standen die Diskussionen, wie durch verbesserte und zielgerichtete Zusammenarbeit städtischer und ländlicher Akteure im Süden und zwischen städtischen Akteuren aus Nord und Süd Verantwortungs- und Handlungsbewusstsein geschärft und konkrete Zusammenarbeit gestaltet werden können. Dass der angeregte und konstruktive Austausch in den Arbeitsgruppen allerdings in weitestgehender Abwesenheit einer zentralen Gruppe von Akteuren, den Nord-BürgermeisterInnen stattfand, belegt wie gering noch immer das Interesse und Verständnis für globale Zusammenhänge auf der kommunalen Ebene hierzulande entwickelt ist. Die folgende Zusammenfassung des einführenden Grundsatzpapiers ist somit auch als Entwicklungshilfe gedacht.

### **Ein Grundsatzpapier als Lehrmaterial**

1. Desertifikation wird durch die zunehmende Bodenzerstörung bestimmt. Bisher wurde das Thema überwiegend als ausschließlich ländliches Problem wahrgenommen, aber seit Inkrafttreten der UN-Convention to Combat Desertification (UNCCD) werden auch die Notwendigkeit nationaler Politiken und des internationalen Austauschs anerkannt.
2. Der städtische Raum und die Kommunalverwaltungen bleiben bei den Bemühungen um eine nachhaltige Bekämpfung der Desertifikation häufig noch außen vor und ihre Neigung, Desertifikation in die Politik ihres Einflussbereiches einzubeziehen, ist gering.
3. In den Trockengebieten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas lebt ein immer größerer Teil der Bevölkerung in städtischen Gebieten. Ohne die Versorgung mit ländlichen Ressourcen (inklusive der Arbeitskraft), sind Städte und Gemeinden

## Stadt, Land - kein Tier - kein Fluss

jedoch nicht in der Lage, ihre kom-parativen Vorteile bei Produktion, Dienstleistungen und soziopolitischem Management beizu-behalten.

4. Die Konsumbedürfnisse der kommunalen Bev ölkerung sind vielfach entscheidende Faktoren, die den Desertifikationsprozess verstärken. Die Versorgungssysteme aus den länd-lichen Gebieten sind jedoch aufgrund der fortschreitenden Desertifikation zunehmend in Gefahr. Es sollte daher im Interesse der kommunalen Verwaltungen sein, diese Grundver-sorgungssysteme aufrechtzuerhalten und zu schützen. Städte und Gemeinden erfahren die Auswirkungen der Desertifikation zusätzlich über den ungeminderten Zuzug in die Städte infolge der Land-Stadt-Migration, die die dortigen Verwaltungen überfordert und Arbeits-kräfte und Know-how aus den ländlichen Gebieten abzieht.

5. In den Industrienationen, wo der Großteil der Bevölkerung in städtischen Gebieten lebt, bieten die Städte eine hohe Konzentration an Konsum, Produktion und Möglichkeiten für Kooperation. Sie stellen den Endmarkt für eine ganze Reihe von Produkten aus den Trocken-gebieten. Die von ihnen bestimmten Produktionsweisen externalisieren nicht zuletzt mit Hilfe des internationaler Handels die Folgekosten nicht nachhaltiger Produktion und beschränken dadurch maßgeblich die Möglichkeiten für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozia-len Bedingungen in den Desertifikationszonen (und dort lebt immerhin 1/6 der Weltbevöl-kerung!)

6. Die Wechselwirkungen von globaler Erwärmung und Desertifikation, zu denen die Industrienationen überdurchschnittlich stark beitragen, erweitern die konsumbedingten Ursa-chen für Desertifikation. Letztere ist somit ein wichtiges Thema für die Industrienationen, da sie erstens zu zusätzlichen CO<sub>2</sub> Ausstößen in den Trockengebieten (Freisetzung von im Boden gebundenen CO<sub>2</sub>) führen kann, und zweitens einen potentiellen Konflikt aufgrund verstärkter internationaler Migration aus den betroffenen Gebieten in sich birgt.

7. Deshalb ist die aktive Bekämpfung der Desertifikation im ureigene Interesse von Städten und Gemeinden im Süden und im Norden, ebenso wie die Übernahme von Verantwor-tung bei der Neudefinierung ihrer Beziehungen zu den ländlichen Regionen in den Trocken-gebieten.

8. In den betroffenen Gebieten können die Städte und Gemeinden an Boden gewinnen, indem sie an der Schaffung und Umsetzung Nationaler Aktionsprogramme im Rahmen der UNCCD teilnehmen.

9. Kommunale Entwicklungsprogramme können einen Rahmen für Strategien und Aktio-nen im Hinblick auf eine Verbesserung von Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit kommunaler Dienstleitungen und Management darstellen. Sie könnten zudem einer Neudefinierung der Stadt-Land-Beziehungen dienen, besonders im Hinblick auf ein solides Management der natürlichen Ressourcen. Hierfür nötige Beratungsprozesse sollten von den Kommunen selbst geleitet werden.

10. In den Industrienationen könnten die Gemeinden die Einrichtung von

## Stadt, Land - kein Tier - kein Fluss

kommunalen Nord-Süd-Foren stärken oder sich bei der Organisation konkreter Aktionen und spezieller Unterstützung für nachhaltige kommunale Entwicklung in den betroffenen Trockengebieten beteiligen. Initiativen zur Lokalen Agenda 21 könnten Strukturen für desertifikationsbezogene Themen unterstützen, z.B. durch verstärkte Kooperation mit Akteuren von Gemeinden und Städten aus den betroffenen Trockengebieten und der Unterstützung ihrer Programme. Kommunikation, Information und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, sowie die Nutzung von Synergieeffekten durch Kooperation zwischen Städten und Gemeinden aus Nord und Süd sind wichtige Elemente für ein gutes Gelingen.

11. Zusammenarbeit kann bspw. in folgenden Bereichen erfolgen: kommunale Verwaltung und Management; spezielle technische Bereiche unter kommunaler Verantwortlichkeit nach verfügbarem Know-how Angebot, und Mechanismen zur Verankerung von zivilgesellschaftlicher Partizipation, besonders der Einbeziehung von Frauen.

*Jürgen Gliese*

Der Autor ist Koordinator der AG Desertifikation;  
weitere Informationen und Materialien sind beim Autor erhältlich

# Vollversammlung

## **Vollversammlung des RIOD-Netzwerkes**

*5 Jahre nach seiner Gründung hat das internationale NRO-Netzwerk zur Desertifikation RIOD (Reseau International d'ONG sur la Desertifikation) eine Zielüberprüfung und strukturelle Neuordnung vorgenommen, die die Mitgestaltungsmöglichkeiten und die Verantwortung der Regionen wesentlich stärkt.*

Das RIOD-Netzwerk hat seine Struktur stark dezentralisiert. Statt eines Globalen Knotenpunktes wird ein Ausschuß, der sich aus 15 regionalen Vertretern (regionalen Repräsentanten) zusammensetzt, für die Koordination der Netzwerkaktivitäten verantwortlich sein. Drei Mitglieder aus OECD-Ländern (je eine/r aus Nordamerika, Europa, Australien/Pazifik/Japan) werden in dem Koordinierungsausschuss sitzen. Die Zahl der Entscheidungs- und Funktionsebenen des Netzwerkes wurde auf 2 reduziert, und damit die Rolle der nationalen und (ehemals) subregionalen Knotenpunkte ausgebaut. Um gerade die Kompetenz der letzteren stärker in den globalen Netzwerkaktivitäten wieder zu spiegeln, setzt sich zukünftig das "höchste" Organ des Netzwerkes, das globale Koordinierungskomitee, aus regionalen Repräsentanten zusammen.

Die Aufgabenfelder der nationalen, regionalen Knotenpunkte sowie des globalen Koordinierungskomitees wurden überarbeitet, ein Handlungsrahmen für die verschiedenen Ebenen erstellt sowie zentrale Vorgaben für die Geschäftsordnungen und Arbeitsweisen der Knotenpunkte festgelegt.

Das Abschlußplenium der Vollversammlung hat die neue Struktur und die damit verbundenen Regelungen verabschiedet, und einen Zeit- und Arbeitsplan für die notwendige Übergangsphase erstellt. Er sieht vor, daß bis spätestens zum 17. Juni 2000 die Regionen die Mandatierungsprozesse für die nationalen und regionalen Knotenpunkte abgeschlossen haben. Bis dahin setzen die bisherigen nationalen und subregionalen Knotenpunkte ihre Tätigkeiten fort. Die Teilnehmer beauftragten 15 regionale Vertreter die Arbeit als provisorisches globales Koordinierungskomitee aufzunehmen.

Als vorläufige RIOD Vertreter bei der facilitating group des Global Mechanism wurden NEST (Prof. Okpara) und als Stellvertreter die AG Desertifikation (Jürgen Gliese) benannt.

Für die anstehende Arbeit der AG Desertifikation ergibt sich damit besonders die



Frage, welche Rolle die deutschen NRO in Zukunft bei der Begleitung und Gestaltung der Umsetzung der UNCCD einnehmen wollen. Die Rolle, die die AG Desertifikation des Forum Umwelt & Entwicklung im Gesamt-Netzwerk, besonders aber im europäischen Kontext einnehmen soll, bedarf ebenfalls der Klärung.

*Jürgen Gliese*

Der Autor ist Koordinator der AG Desertifikation und hat an der RIOD-Vollversammlung teilgenommen.

## eine geschlechtergerechte Nachhaltigkeitsstrategie

Am 11. und 12. September tagten in Bonn 24 Frauen aus den verschiedensten Frauennetzwerken (Netzwerk 'Vorsorgendes Wirtschaften', Verkehrsnetzwerk 'Frauen in Bewegung', Deutscher Frauenrat u.a.), aus Umwelt- und Entwicklungsverbänden, aus Forschung, Politik und Verwaltung zum Thema 'Nationale Nachhaltigkeitsstrategien und Geschlechterverhältnis - Vorbereitung des Nachhaltigkeitsprozesses aus feministischer Perspektive?'. Ihr Anliegen war, die Forderung der AG Frauen vom Dezember 1998 zu konkretisieren.

### **Die Forderung vom Dezember 98**

Nachhaltigkeit zu erreichen ist nicht möglich, ohne den Abbau von Herrschaft im Geschlechterverhältnis (siehe hierzu auch die Agenda 21 sowie das Kapitel K von Peking), alle Dimensionen der Nachhaltigkeit (Haushalten und Wirtschaften, Ökologie, soziale Beziehungen und sozialer Zusammenhalt) müssen im Hinblick darauf analysiert werden, Ziele müssen dahingehend formuliert und in Strategien übersetzt werden. Es ist notwendig, die Strategien in konkrete Maßnahmen umzusetzen und diese auf ihren Erfolg hin zu kontrollieren. Die Krise der Produktion läßt sich nicht lösen ohne die Krise der Reproduktion zu bearbeiten, die Krise der Erwerbsarbeit läßt sich nicht lösen, ohne die Krise der Versorgungsarbeit zu bearbeiten.

Dazu eingeladen hatten die AG Frauen des Forums U&E, das FrauenUmweltNetz Life e.V., das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (FrauenWissen und Arbeitsbereich Feministische Mobilitätsforschung) und die Heinrich Böll Stiftung. Das Seminar sollte Gelegenheit bieten, aus der Perspektive von Frauen inhaltliche wie auch strategische Positionen und Forderungen für nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Nachhaltige Entwicklung ist nicht ohne ein empowerment von Frauen, eine gezielte Stärkung ihrer Teilhabe an Planungsprozessen und Entscheidungsmacht zu haben. Dieses Ergebnis der UN-Weltkonferenzen in Rio und Peking, unterzeichnet auch von der Bundesregierung, gilt es nun in die dafür erforderlichen Maßnahmen umzusetzen. Beschlossen hat die UN auch, die strukturellen Zusammenhänge zwischen Geschlechterbeziehungen, Umwelt und Entwicklung analysieren zu lassen. Auch wenn hierzu noch die großen,

finanzierten Forschungsprojekte fehlen, wollten die Expertinnen der Tagung - aufbauend auf den bereits vorliegenden Erkenntnissen (z.B. ?Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden? Hrsg. Ines Weller et al., Bielefeld 1999) Strategien entwickeln, wie der Abbau von Herrschaftlichkeit im Geschlechterverhältnis tatsächlich und sinnvoll im gebotenen Umstrukturierungsprozeß mitverfolgt wird. Um gemeinsam und kraftvoll die entworfenen Strategien durchsetzen zu können, ist es wichtig, Frauenzusammenhänge und -netzwerke zusammenzubringen. Auch dies war ein erfolgreich eingelöstes Ziel der Tagung.

### **Verlauf und Ergebnisse der Tagung**

Um den Stand der Diskussion um eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie in der Bundesrepublik sowie dessen Organisation innerhalb der Bundesregierung zu erfahren, war Gila Altmann, Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zu Gast. Sie appellierte an die Frauen, sich verstärkt in die Debatte einzubringen. Nachdem trotz der neuen Regierung so etwas wie eine Aufbruchstimmung ausblieb, wird nun ein weiterer Anlauf vom BMU gestartet, die Auseinandersetzung mit dem Thema voranzubringen.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß es notwendig ist, frauenpolitisch engagierte Frauen für die Besetzung des geplanten Rates für Nachhaltigkeit vorzuschlagen. Die Themen, die dieser Rat zu bearbeiten hat, können zudem durch Verbände und Initiativen mitbestimmt werden, wenn diese sich selbst frühzeitig durch Kooperation und Vernetzung ein stärkeres politisches Gewicht verschaffen. Es scheint uns von Vorteil zu sein, frühzeitig politischen Druck bezüglich der Zusammensetzung des Rates und der Themen auszuüben.

Nach weiteren Vorträgen - einer Analyse der derzeit vorgelegten verschiedenen Auffassungen von ?sustainable development? und einem Entwurf möglicher Dimensionierung von Nachhaltigkeit in feministischer Perspektive - nahmen die Teilnehmerinnen die Arbeit in zwei Arbeitsgruppen auf. Als Ergebnis wurden einvernehmlich folgende Forderungen als Minimalansprüche an eine geschlechtergerechte Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen:

1. Gender-Aspekte werden durchgängig in alle inhaltlichen und strukturellen Bereiche der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einbezogen.
2. Die Besetzung aller im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie einzurichtenden Gremien erfolgt geschlechterparitätisch, wobei die gesellschaftliche Bedeutung und Vertretung explizit frauenpolitischer und feministischer Sichtweisen zu berücksichtigen sind.
3. Nachhaltigkeit zu erreichen ist nicht möglich ohne den Abbau von Herrschaft im Geschlechterverhältnis (s. Kap. 24 der Agenda 21 und Kap. K der Aktionsplattform von Peking). Alle Dimensionen der Nachhaltigkeit - Haushalten und Wirtschaften,

Ökologie und gesellschaftliche Naturverhältnisse, soziale Beziehungen und sozialer Zusammenhalt sowie institutionelle Ressourcenverteilung - müssen entsprechend analysiert werden, in Zieldefinitionen eingehen und in Strategien umgesetzt werden. Ein Brief mit diesen Forderungen wurde im Anschluß an die Tagung an das federführende Bundesumweltministerium (BMU) sowie nachrichtlich an das Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren und das Bundesministerium für Bildung und Forschung gerichtet. Damit wollen wir eine in diesem Sinne weiterführende Abstimmung der Ressorts und insgesamt eine geschlechtergerechte Ausrichtung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie unterstützen.

*Renate Jungkeit und Meike Spitzner*

## Tourismus und Biodiversität

### **Austausch von Standpunkten mit Indigenen Gemeinschaften**

*Rund 1000 TeilnehmerInnen verhandelten auf der UN-Working Group der Indigenous Peoples (WGIP) vom 26. bis 30. Juli 1999 in Genf die Beziehungen der Indigenen Völker zu ihrem Land. Der ad-hoc Arbeitskreis Tourismus vom Forum für Umwelt und Entwicklung nahm das 17. Treffen der WGIP als Anlass für einen Aufruf zum Dialog über gemeinsame Prioritäten für globale Tourismusrichtlinien. Im Rahmen der Konvention zur biologischen Vielfalt sollen auf der 5. Vertragsstaatenkonferenz im Mai 2000 in Nairobi die Globalen Richtlinien zu Tourismus und Biodiversität ausgehandelt werden. Zur Stärkung der NGO-Position suchen deutsche Umwelt- und Entwicklungsorganisationen den Austausch mit indigenen Gemeinschaften und Süd-NGOs.*

Ein entsprechender Aufruf zur Erarbeitung internationaler (freiwilliger) Richtlinien für Tourismus und Biodiversität erging von der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) auf ihrer 7. Konferenz im April dieses Jahres in New York [1]. Die auf der letzten Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention 1998 in Bratislava eingereichte Initiative der deutschen Bundesregierung (Konzept zum Nachhaltigem Tourismus und Etablierung einer Arbeitsgruppe) wurde damals von Süd-VertreterInnen abgelehnt. Zusammen mit Nord-NGOs beanstandeten sie die nicht realisierte Beteiligung bei der Ausarbeitung des Papiers und die fehlenden Partizipationsklauseln bei der Umsetzung der Inhalte. Der diesjährige CSD-Aufruf ordnet die Tourismus-Diskussion auf der politischen Rangskala wieder weiter oben ein und die NGO-VertreterInnen haben jetzt erneut die Chance, ihre Positionen einzubringen.

### **Indigene Gemeinschaften: Gegner oder Befürworter des Tourismus?**

Die diesjährige Debatte auf der WGIP über die indigenen Landrechte, über Zugang und Kontrolle zu den natürlichen Ressourcen innerhalb der indigenen Territorien und weiteren, mit Landnutzung in Verbindung stehenden Aspekten [2] war gerade auch mit Blick auf die wünschenswerte, aktive Partizipation der lokalen Gemeinschaften an Tourismusentscheidungen von Bedeutung. "Nur wir selbst können darüber entscheiden, ob sich ein wie immer gearteter Tourismus innerhalb unserer Territorien mit den traditionellen Wirtschafts- und Landnutzungsformen in angemessener Weise vereinbaren lässt," sagt Joseph Ole Karia, Direktor des

Afrikanischen Koordinationskomitees der Indigenen Völker. Wenn nachhaltiger Tourismus meint, dass die Rechte der Indigenen nicht unterlaufen werden, dass der touristische Sektor ein Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung einer Region sein kann und Tourismus mit dem Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung vereinbar ist, dann müsse der Kern der Planung bei den lokalen Gemeinschaften liegen, dann könne nur auf ihre Entscheidungen aufbauend ein Plan für nachhaltigen Tourismus auf nationaler Ebene erstellt werden. "Schließlich lässt sich nur auf diesem Wege verhindern, dass die indigenen Wirtschaftsweisen vom Tourismus unterlaufen werden".

#### **Die Positionen des Arbeitskreises**

Traditionelle nachhaltige Nutzungsformen sollen unangetastet bleiben, Tourismuskonzepte gleichzeitig die Erhaltung der biologischen Vielfalt durch die indigene Bevölkerung fördern und Tourismusprojekte auf Entscheidungen der Dorfgemeinschaft basieren. Diese und andere Verhandlungspunkte sind in einem 18 Punkte Papier vom ad-hoc Arbeitskreis Tourismus während der WGIP in Genf an VertreterInnen der indigenen Gemeinschaften herangetragen worden mit der Bitte, gemeinsam in einem Dialog eine Prioritätenliste für die Verhandlungen auf der CBD zu erarbeiten. Auch müssten die Indigenen bei der Ausarbeitung der Richtlinien zum Tourismus auf der 5. Vertragsstaatenkonferenz (COP5) an den Verhandlungen angemessen beteiligt und ihre Rechte integriert werden. Während die technischen, naturwissenschaftlichen und ökologischen Aspekte der Beziehung zwischen Tourismus und Biodiversität in einem Papier des wissenschaftlichen Beirats der Konvention (SBSTTA) recht umfassend enthalten sind, fehlen die sozialen und kulturellen Dimensionen sowohl in dem deutschen Vorschlag zur Erarbeitung globaler Richtlinien als auch in dem SBSTTA Papier weitgehend. Somit legte der Arbeitskreis auf kulturelle und soziale Aspekte und auf die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt [3].

#### **Tourismus im Kontext von Biodiversität und indigenen Gemeinschaften**

Den indigenen Völkern wird mit Art. 8(j) der Konvention über Biodiversität (CBD) in Bezug auf den in situ Schutz der Biologischen Vielfalt - also der Erhaltung in den natürlichen Lebensräumen - eine besondere Bedeutung zugestanden. In Anlehnung an Art. 8(j) können die Positionen der Indigenen durch entsprechende Querverweise auf bereits bestehende Rechtsgrundlagen (Menschenrechte) gegenüber einer touristischen Inwertsetzung der Natur und der Kultur - wesentlich verbessert werden. Eine Verknüpfung mit bestehenden Abkommen, so mit dem von der Internationalen Arbeitsorganisation 1989 verabschiedeten Konvention über das Recht der Indigenen Völker (ILO Nr. 169, seit 1991 in Kraft), könnte die Rechte lokaler Gemeinschaften gegenüber touristischer Entwicklung wesentlich stärken. Laut Art. 8(j) der CBD sind Innovationen und Methoden indigener und lokaler Bevölkerungsgruppen als integraler Bestandteil ihrer Kultur zu respektieren, die besondere Beziehung der

indigenen Gemeinschaften zu ihrem Land und ihr Beitrag zum Erhalt und zur behutsamen Nutzung aller Tiere, Pflanzen und Lebensräume ist von den Vertragsstaaten der CBD anzuerkennen. Eine touristische Entwicklung oder Neuerschließung von indigenen Territorien für einen (Öko-)tourismus, der seine Berechtigung einzig aus der Notwendigkeit der Finanzierung des Naturschutzes beziehen will, wird dann nicht mehr entgegen der Landrechte der indigenen Bevölkerung oder unter Ausschluss der traditionellen Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen durchgesetzt werden können, ohne die Konvention zu verletzen. Die Prioritätenliste und die Informationen des Arbeitskreises Tourismus wurden während der Konferenz in Genf interessiert von den Teilnehmern aufgenommen. Dabei stellte sich u.a. heraus, dass insbesondere die Bereitstellung und angemessene Kommunikation einer vollständigen und kritischen Information über Tourismus und Tourismuspolitik als grundlegende Voraussetzung für eine Beteiligung der indigenen Gemeinschaften größte Schwachstellen aufweist. Die VertreterInnen der Indigenen bekräftigten die Notwendigkeit, einen gemeinsamen Dialog und Austausch untereinander zu initiieren, um dann die Richtlinien auf der 5. COP der CBD in Nairobi unter aktiver Partizipation der indigenen Gemeinschaften auszuarbeiten. Dabei können sich die indigenen VertreterInnen auf eine entsprechende Aufforderung von Seiten der letzten COP in Bratislava berufen. Für viele TeilnehmerInnen war das Thema brennend aufgrund der aktuellen touristischen Situation in ihrer Heimat, über den CSD-Beschluss und die Aufforderung zur Erarbeitung internationaler Richtlinien für Tourismus und Biodiversität waren jedoch viele bislang nicht informiert.

#### **Workshop über Biodiversität und geistige Eigentumsrechte**

Äußerst hilfreich für eine weitere Sensibilisierung für das Thema war ein von der International Support Group for Sustainable Tourism (ISGST) zusammen mit dem Indigenous Peoples' Biodiversity Network initiiertes Workshop über Biodiversität und intellektuelle Eigentumsrechte (IPR) im Rahmen der WGIP-Konferenz. Damit griffen die Workshop Veranstalter einen wesentlichen Standpunkt des Call for Dialogue des Arbeitskreises vom Forum U&E auf. Unter der Rubrik der ökonomischen Aspekte wird vor dem illegalen Missbrauch der geistigen Eigentumsrechte und der illegalen Entwendung von genetischem Material gewarnt und die CBD aufgefordert, entsprechende Gegenmaßnahmen zu initiieren.

Alejandro Argumedo vom Indigenous Peoples' Biodiversity Network betonte, daß die Vielfalt der bereits existierenden Papiere und Beschlüsse die Situation für die indigenen Gemeinschaften bisher nicht verbessert hat. Alle möglichen Organisationen und Gremien würden derzeit selbst Richtlinien für Indigene Gemeinschaften erstellen, wohl wissend, das sich damit ein effektiveres Fundraising verbindet. Dem Wettbewerb um die besseren Guidelines steht die Frage entgegen, wie effektiv diese Richtlinien auf der lokalen Ebene umgesetzt werden. Die Teilnehmer berichteten von

zahlreichen Fällen der Vertreibung oder Verletzung ihrer Rechte in touristisch erschlossenen Regionen und Nationalparks. Alison Johnston, Direktorin der Kanadischen NGO, stellte eine erste Version eines Konzeptes zur Diskussion, welches die aktive Partizipation und volle Konsultation der indigenen Gemeinschaften unter Berücksichtigung ihrer Strukturen und Bedürfnisse und der kulturellen Formen der Kommunikation und Aushandlung von Positionen berücksichtigt. Eine Aufstellung von Prinzipien für das Aushandeln von Abkommen (principles for treaty making) soll die Position der Indigenen grundlegend stärken und unterbinden, daß Verträge ohne ihre Beteiligung von Staat zu Staat oder von Regierung zu Regierung getroffen werden. Diese Prinzipien enthalten umfassende Konsultationen und partnerschaftliche Verhandlungen, PIC (prior informed consent) sowie die technische und finanzielle Unterstützung beim Aufbau von Organisations- und Netzwerkentwicklung. In Vorbereitung auf die 5. COP der CBD werden die Kanadier zusammen mit dem Indigenous Peoples' Biodiversity Network einen Vorbereitungs-Workshop in Nairobi halten. Daoud Tari Abkula, der Vertreter der Borana aus Kenia und Vorsitzender der "Ostafrikanischen Freunde der Pastoralisten" (FONI) betone die Notwendigkeit, mit allen indigenen Gruppen ein gemeinsames Forum und Netzwerk aufzubauen, um einerseits vollständig informiert zu werden und andererseits entsprechend gestärkt ohne konträre Positionen in der COP auftreten zu können.

Mit einem Follow-up über den Workshop zu "Tourismus und Menschenrechte", der letztes Jahr auf der WGIP vom Arbeitskreis für Tourismus und Entwicklung (AKTE) aus Basel organisiert worden war, und einem Info-Paket zu tourismusrelevanten Themen und Beschlüssen bekamen viele TeilnehmerInnen fundierte Informationen in die Hand. Aufgrund einer Vielzahl intensiver Gespräche während der vier Konferenztage gehen die MitarbeiterInnen des ad-hoc Arbeitskreises davon aus, über ein deutliches Sensibilisieren hinaus einen hinreichend breiten Interessentenkreis für den weiteren Austausch von Standpunkten erreicht zu haben.

*Martina Backes*

Die Autorin ist Mitglied im Ad-hoc Arbeitskreis ?Tourismus? des Forums für Umwelt & Entwicklung

[1] Ein Bericht zum Arbeitsprogramm für eine nachhaltige Tourismusentwicklung findet sich im Rundbrief 2/99.

[2] UN-Working Paper - Human Right of Indigenous Peoples - Indigenous People and their Relationship to Land: E/CN.4/Sub.2/1999/20.

[3] Das vollständige Papier Call for a Dialogue steht unter <http://www.oneworldweb.de/forum>.



## Ein halbes Jahr deutsche EU-Präsidentschaft

### **Eine entwicklungspolitische Bilanz**

*In der ersten Hälfte dieses Jahres lag die EU-Ratspräsidentschaft in deutscher Hand. Hierzu hatte VENRO eine Kampagne gestartet, um über die europäische Entwicklungspolitik zu informieren und ein stärkeres deutsches Engagement einzufordern. Am Ende der Ratspräsidentschaft zieht VENRO eine Bilanz:*

Die deutsche EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 wurde durch zwei unvorhergesehene Ereignisse - den Krieg im Kosovo und den Rücktritt der EU-Kommission - überschattet, die die offizielle Agenda der Bundesregierung durcheinanderbrachten und eine neue Prioritätensetzung v.a. in der Außenpolitik erzwangen. Im Fall ?Kosovo? steht zu erwarten, dass die Beseitigung der Kriegsschäden in den nächsten Jahren einen erheblichen Druck auf die Entwicklungs-Budgets der EU und ihrer Mitgliedstaaten ausüben wird. Der nach verschiedenen Skandalen erzwungene vorzeitige Rücktritt der EU-Kommission im März 1999 führte zu einem neuen Klima der Europa-Skepsis bei den EU-Bürgern, wie sich an der katastrophal niedrigen Wahlbeteiligung in Deutschland (von 45,2%) und in fast allen Mitgliedstaaten der EU bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) am 13. Juni 1999 ablesen lässt. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Präsidentschaft im EU-Rat von der deutschen Bundesregierung offenkundig nicht zu einer stärkeren Verankerung der europäischen Idee bei den deutschen Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden konnte.

### **Eine neue europäische Entwicklungspolitik?**

Dabei waren die Aktivitäten des BMZ durchaus auf eine Aufwertung der europäischen Entwicklungspolitik ausgerichtet. Vor allem Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul engagierte sich auch international in hohem Maße, ohne aber bis zum Ende der deutschen Präsidentschaft im Juni 1999 im Bereich der EU-Politik schon die Früchte ihrer Arbeit ernten zu können. So brachte die deutsche Bundesregierung auf dem Entwicklungsministerrat am 21. Mai 1999 in Brüssel umfangreiche Entschlüsse ein, die darauf abzielen, Koordination, Komplementarität und Transparenz in der EU-Politik zu verbessern. Ob diese Schlussfolgerungen aber zum gewünschten Ziel, einer umfassenden Reform der EU-Entwicklungspolitik, führen, oder bloße Absichtserklärungen bleiben, wird sich erst in einigen Jahren beweisen. Die vom designierten Kommissionspräsidenten Romano

Prodi Mitte Juli vorgestellte neue Organisationsstruktur der Kommission hinterlässt ein Gemisch aus Hoffnung und Enttäuschung. Einerseits soll durch die Vereinigung der Kompetenzen für Entwicklung und Humanitärer Hilfe in der Hand des neuen Kommissars, Poul Nielson, sowie durch eine systematische Koordination aller außenpolitischen Aktivitäten der EU die Effektivität dieses Politikbereichs erhöht werden. Andererseits droht durch die Verlagerung politisch-planerischer Kompetenzen in das Ressort des neuen "Super"-Kommissars für Außenpolitik, Chris Patten, die Entwicklungspolitik in der EU insgesamt an Relevanz zu verlieren.

Weitere wichtige Anliegen

In puncto "Neuverhandlung des Lomé-Abkommen" gab es auf Seiten der Bundesregierung erfreulich viel Engagement. Gerade im Bereich der umstrittenen neuen Handelsregeln scheint die BMZ-Führung gegenüber den Forderungen von NRO nach einer Reform der WTO im Sinne der Entwicklungspolitik statt einer Reform des Lomé-Vertrags im Sinne der WTO äußerst aufgeschlossen zu sein. Trotzdem verlief die zweite AKP-EU-Ministerkonferenz Ende Juli in Brüssel insgesamt enttäuschend. Selbst die EU-Kommission betitelte ihren Bericht über das Treffen durchaus zutreffend mit "All in all a disappointing conference". Gerade bezüglich der umstrittenen neuen Handelsregeln kam es zu keinerlei Annäherung zwischen der EU und den AKP-Staaten.

Eher negativ fällt die Bilanz auch bei den NRO-Forderungen "Verbesserung der Politik-Kohärenz" "Politische Unabhängigkeit von Humanitärer Hilfe", und "Bereitstellung ausreichender Finanzmittel" aus. Während in Bezug auf mangelnde Kohärenz in den Bereichen Konfliktprävention und Außenhandel viel persönliches Engagement von Seiten des BMZ zu erkennen ist, wurde die Chance verpasst, die Verabschiedung der Agenda 2000 auf dem Europäischen Rat im März 1999 in Berlin zu einer umfassenden Reform der EU-Agrarpolitik zu nutzen.

### **Zukünftige Entwicklungsfinanzierung**

Die größten Befürchtungen wecken aber die Entscheidungen im Bereich der Entwicklungsfinanzierung. Die gleichzeitig mit der Agenda 2000 auf dem Berliner EU-Gipfel im März verabschiedete finanzielle Vorausschau der EU für die Jahre 2000-2006 sieht für den gesamten Bereich der Außenpolitik nur äußerst magere Steigerungsraten (von 10 Mio. Euro jährlich) vor, bei gleichzeitig stark gestiegenen außenpolitischen Aufgaben und Verpflichtungen der EU im Bereich der Außenpolitik nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags. Der im Mai vorgelegte Haushaltsvorentwurf der Kommission für das Jahr 2000 schlägt im Kernbereich der Entwicklungspolitik, dem Haushaltstitel B7-6, sogar eine Kürzung um 29% vor. Der Finanzministerrat hat auf seiner Sitzung am 16. Juli dann eine weitere Kürzung der meisten Budgetlinien im Bereich Entwicklungspolitik um 10% verabschiedet, um so 500 Millionen Euro für die Beseitigung der Kriegsschäden im Kosovo bereitstellen zu können.

Schon am 23. Juni, genau eine Woche vor Ende der deutschen EU-Präsidentschaft, hatte das Bundeskabinett beschlossen, die Mittel für das BMZ im Jahr 2000 um rund 670 Millionen DM oder 8,7% zu kürzen. Diese Entscheidung der Bundesregierung, die im Gegensatz zu all ihren Versprechungen bei Amtsantritt steht, wird auch direkte Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung des neuen Lomé-Vertrags haben. Statt Geld dürfen die Länder des Südens von Deutschland und der EU künftig nur noch gute Worte erwarten.

*Klaus Wardenbach*

Der Autor ist EU-Koordinator bei VENRO

(Der ausführliche Text des Bilanzpapiers kann im VENRO-Sekretariat bestellt werden. Tel. 0228/949 77-0)

## Globalisierung mit menschlichem Antlitz

### **UNDP stellt den diesjährigen Bericht über die menschliche Entwicklung vor**

*Das menschliche Antlitz - Das klingt bekannt als Schlagwort aus dem Kreise der UNO. Dieses Jahr ist es das UNDP, das mit seinem diesjährigen Bericht über die menschliche Entwicklung versucht, auf die akute Bedrohung der weltwirtschaftlichen Entwicklungen aufmerksam zu machen. Anschließend an die Forderungen der 80er Jahre nach einer Strukturanpassung mit menschlichem Antlitz, fordert der Bericht, den negativen Auswirkungen der Globalisierung entgegenzutreten.*

Die erschreckenden Zahlenbeispiele sind nicht neu: Über 80 Staaten haben heute ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen als noch vor 10 Jahren. Die drei reichsten Menschen verfügen über ein Vermögen, das größer ist als das gesamte Bruttoinlandsprodukt aller am wenigsten entwickelten Länder (LDC) mit ihren 600 Mio. Einwohnern zusammen. Lag die Einkommenskluft zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung 1960 noch bei 30 zu 1, war es 1997 74 zu 1. Dabei kontrolliert das reichste Fünftel heute 86% des Welt-Bruttosozialproduktes (das ärmste Fünftel nur 1%) und 80% der Weltexporte (im Vergleich zu 1% des ärmsten Fünftel). Aber makroökonomische Daten alleine stellen eine eindimensionale Aussage über die Lage eines Landes dar, und es ist nicht zuletzt der Verdienst des UNDP, diese Sichtweise durch Hinzunahme sozialer Faktoren aus den Bereichen Bildung und Gesundheit erweitert zu haben. Und auch in diesen Bereichen zeigen die aktuellen Daten wenig Neues, was eine Trendwende andeuten könnte. In vielen Ländern hat sich die soziale Lage in vielerlei Hinsicht sogar verschlechtert.

### **Konsum von Gütern und Dienstleistungen in einer globalisierten Welt**

In diesem 10. vom UNDP in Auftrag gegebenen Bericht lag nun der Schwerpunkt auf der Frage, inwieweit der Konsum von Gütern und Dienstleistungen den menschlichen Fortschritt fördert oder behindert. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf einer Entwicklung, die nicht nur durch ihre zeitgleiche Entwicklung ein Symbol für die weltweite Globalisierung darstellt: die rapide Ausweitung neuer Technologien. Und in genau diesem Bereich zeigt sich auch, wer der entscheidendste Nutznießer der Chancen einer Globalisierung ist, denn in der Nutzung weltweit zur Verfügung stehender Informationen als einem entscheidenden Vorteil für Entwicklung im herkömmlichen Sinne wird die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer: Während

die reichsten 20% mit 93,3% an den weltweiten Internet-Usern beteiligt sind, liegt der Anteil der ärmsten 20% bei 0,2%; 30% aller NutzerInnen haben einen Studienabschluss. Kommunikation und Ideenaustausch weltweit sind zweifelsohne schneller, billiger und einfacher geworden, die Teilnahmemöglichkeiten jedoch auch bedeutend exklusiver. Aus der Kluft zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen wird mehr denn je eine Kluft zwischen den Wissenden und den Unwissenden. In einer Sichtweise von Entwicklung als ?ein Prozess der Erweiterung von Wahlmöglichkeiten?, wie sie das UNDP beschreibt, ist diese Entwicklung Teil eines massiven Rückschritts.

#### **Auch die WTO muss reformiert werden**

Fürsorge als unsichtbares Herz einer globalisierten Gesellschaft dürfe nicht unter die Räder der globalisierten Märkte geraten. Nur mit stärkerer Steuerung können die enormen Chancen, die die Globalisierung und die Durchbrüche der neuen Technologien gerade auch für die menschliche Entwicklung bietet, auch wirklich genutzt werden. Politische Steuerung findet auf der lokalen, nationalen, regionalen und globalen Ebene statt. Die Liste der Maßnahmen, die der Bericht aufstellt, umfasst somit auch Forderungen nach Veränderungen in der WTO:

? ein erweitertes Mandat, das auch Kartellbestimmungen und einen Verhaltenskodex für multinationale Konzerne umfasst;

? unabhängige Rechtshilfe und ein Ombudsmann-Mechanismus zur Unterstützung schwächerer Länder;

? eine Revision des Abkommens über die Rechte auf geistiges Eigentum (TRIPS) und der Patentgesetzgebung im Rahmen der WTO, die seinerzeit unter sehr geringer Beteiligung der Entwicklungsländer ausgehandelt wurde.

Damit haben Rufe nach einer neuen Weltordnungspolitik mit diesem Bericht prominente Unterstützung bekommen, in der die Grundlage für diese Politik gemeinsame Grundeinstellungen, Werte und Normen und somit ein Verantwortungs- und Pflichtgefühl breiter Bevölkerungsschichten sind. Nur durch eine Neuorientierung sind die negativen Auswirkungen der Globalisierung nicht nur vermeidbar, es lassen sich auch Nutzen für das Wohlergehen der Menschen sicherstellen.

*Irene Knoke*

(Die Autorin ist Mitarbeiterin der Projektstelle)

Der Bericht über die menschliche Entwicklung wird auf deutsch herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Dag-Hammarskjöld-Haus, Poppelsdorfer Allee 55, 53115 Bonn, Fax: 0228-217492; die englische Ausgabe ist im Internet abzurufen unter <http://www.undp.org/hdro>.

## Der Transatlantische Umweltdialog

### **NRO aus Europa und den USA vereinbaren einen gemeinsamen Dialog über Umwelt**

*In den letzten vier Jahren ist der "Transatlantische Dialog" zwischen USA und EU immer weiter ausgebaut worden. Nun trafen sich im Mai rund 70 Vertreter/-innen von Nichtregierungsorganisationen aus Europa und den USA in Brüssel und vereinbarten die Schaffung des Transatlantischen Umweltdialogs (TAED).*

Sinn und Zweck des Dialoges ist es, umweltpolitische Bürgergruppen und andere interessierte NRO zusammenzubringen, um so auch bei den "harten" Themen verstärkt auf die Pläne der Regierungen einwirken und auf allen Ebenen einen Beitrag für nachhaltige Entwicklung beisteuern zu können. Durch verstärkte Zusammenarbeit soll die Rolle der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden bei ihren Bemühungen, Industrie und Gesellschaft in ihren nicht nachhaltigen Konsum und Produktionsmustern zu einem Umdenken und neuem Handeln zu bewegen.

### **Hintergrund...**

Der TAED wurde ins Leben gerufen im Rahmen der neuen transatlantischen Agenda (*New Transatlantic Agenda* - NTA), die auf dem EU-/US-Gipfel in Madrid im Juni 1995 verabschiedet worden war. Sie beinhaltet die verstärkte Zusammenarbeit und Konfliktbewältigung, vor allem in den Bereichen Handels- und Wirtschaftspolitik. Neben dem Regierungsdialog NTA und die darin vorrangig betriebene Wirtschaftspartnerschaft (*Transatlantic Economic Partnership* - TEP) planten die US- und EU-Regierung von Beginn an die Bildung transatlantischer "Brücken", den Aufbau von Dialogstrukturen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren von beiden Seiten des Atlantiks. Dabei nimmt der Wirtschaftsdialog (*Transatlantic Business Dialogue* - TABD) bereits sehr erfolgreich direkten Einfluss auf die Politik, während z.B. der Verbraucherdialog (TACD) zunächst schleppend in die Gänge kam, inzwischen aber z.B. ein von einer breiten Phalanx von Verbraucherverbänden getragenes Positionspapier gegen den Einsatz von genetisch veränderten Organismen in Lebensmitteln verabschiedet hat. Anfang Mai in Brüssel ging es nun darum, ob und in welcher Form auch ein Umweltdialog (TAED) eingerichtet werden sollte.

### **...und Ergebnisse**

Ergebnis der virtuellen Diskussionen in den Vormonaten und des zweitägigen

Konsultationsprozesses in Brüssel war eine Erklärung, die einen deutlichen Tenor beinhaltet: Der TAED wird seine eigenen Themen und Tagesordnungen verfolgen, d.h. unabhängig von der Regierungs-Agenda Austausch und Kooperation zu umweltpolitischen Themen vorantreiben. Er will in keiner Weise die TEP, sowie die US-EU-Kooperation innerhalb der WTO ? denen die Verbände aus umwelt- und entwicklungspolitischer Sicht kritisch gegenüber stehen ? legitimieren. Neben der Bündelung von NRO-Aktivitäten zur Stärkung der eigenen Positionen, steht daher auch die kritische Überwachung der Gesetze und Politiken im Umweltbereich in der EU und in den USA, sowie die Informationsweitergabe dieser Prozesse an eine breite Öffentlichkeit im Vordergrund.

Zu dem Dialog sind alle Nichtregierungsorganisationen eingeladen, die keine kommerzielle oder parteipolitische Bindung haben, und die sich mit den Auswirkungen der EU- und US-Politik auf den Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung beschäftigen. Ein wichtiger Teil des TAED soll eine Reihe von Dialogtreffen mit den offiziellen VertreterInnen von EU und aus den USA zu bestimmten Themen sein. Hierfür wurden zu den folgenden Themen Arbeitsgruppen eingerichtet:

- Luftqualitäts- und Klimapolitik
- Industriepolitik
- Biologische Vielfalt und Naturschutz
- Umwelt und Handel
- Agrarpolitik

Je nach Bedarf können diese in Zukunft um weitere Themenfelder ergänzt werden. Andererseits wird eine Reihe von Themen - z.B. Gentechnik - alleine aufgrund der hier herrschenden Spannungen zwischen EU und USA und wegen der Bedeutung des Themas von mehreren Arbeitsgruppen verfolgt werden.

#### **Empfehlungen und Forderungen**

Zu verschiedenen Themenkomplexen haben die anwesenden VerbändevertreterInnen noch während des Treffens detaillierte Forderungen an die USA- und EU-Regierungen aufgestellt. So wurden zum Themenkomplex Handel & Umwelt im Rahmen der TEP Forderungen geäußert, die sich vor allem auf die Umwelt- und Sozial(un-)verträglichkeit der Handelspolitik bezogen, die Anwendung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips einforderten, sowie Transparenz und verstärkte Partizipationsmöglichkeiten von Parlamenten und Zivilgesellschaft einklagten. Auch hinsichtlich der anstehenden WTO-Verhandlungen wurden Forderungen vorgebracht, die nicht nur eine Nachhaltigkeitsprüfung bei Maßnahmen zur Handelsliberalisierung und die Einbeziehung von Umweltbehörden und -verbänden bei Entscheidungen







